- lelio basso: die öffnung nach links in italien
- jürgen schaltenbrand: neue linke und die spd
- wolfgang vogel: dialektik in der satire haseks

neue kritik 10

mai 62

Die neue kritik erscheint mit dieser Nummer wieder gedruckt. Die gestiegene Leserzahl erlaubt uns diese — auch Kosten sparende — Umstellung. In der äußeren Form knüpfen wir an das im März 1960 erschienene erste Heft der neuen kritik an und hoffen, daß die neue Form dazu beiträgt, weitere Leser zu gewinnen.

Eberhard Dähne, Bundesvorsitzender des SDS

Michael Kidron	3	**Reform und Revolution**
Lelio Basso	4	**Öffnung nach Links**
Jürgen Schaltenbrand	7	**Die SPD in der gesellschaftlichen Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg**
Konrad Blumenstock	15	**Sozialistisches im Werk Kafkas**
Wolfgang Vogel	19	**Dialektik in der Satire Haseks**
Harald Hartung	20	**Lyrische Pfennigweisheiten**
Dietlind Herzberger	21	**Brecht westlich**
Claus Offe	21	**„Klasse der Nation"**
	22	**Zeitschriftenhinweise**
	23	**Redaktionelle Mitteilungen**

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten

herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung des bundesvorstandes oder der redaktion dar.

redaktion: peter brokmeier, rainer funke, diethard kars, helmut lessing, manfred liebel, jürgen schaltenbrand, unter mitarbeit des arbeitskreises „neue kritik".

korrespondenten: rainer friedrich (göttingen), claus offe (berlin)

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen, die mitarbeit ist unentgeltlich.

verlag und redaktion: frankfurt a. m., ginnheimer landstr. 40.

neue kritik erscheint in den semestermonaten (7 hefte jährlich).

schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,— (zuzüglich porto).

jahresabonnement: dm 7,— (einschl. porto). bezug durch die redaktion.

anzeigen: j. h. horlemann, frankfurt a. m., ginnheimer landstr. 40.

erscheinungsort: frankfurt am main.

postscheckkonto: 31 607 pscha. ffm.

umschlagentwurf: ann lamsche.

druck: kahmanndruck, berlin.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

Reform und Revolution

Ein Beitrag aus England

Michael Kidron

Die Frage, die sich uns stellt, lautet: welche Garantie gibt es dafür, daß eine zukünftige Krise des Kapitalismus — sei es Krieg oder Wirtschaftskrise — im Bewußtsein der Arbeiter in revolutionärer Weise begriffen wird? Warum sollten sie nicht, wie es so oft bereits geschehen ist, für reformistische Lösungen votieren? Die Antwort darauf hängt mit dem sich wandelnden Charakter des Reformismus im modernen Kapitalismus und mit der Reaktion der Arbeiterschaft auf diese Wandlungen eng zusammen.

Je größer die Kapitalverbände und je stärker sie miteinander und mit dem Staat (dem größten aller Kapitalverbände) verflochten sind, je größer der (durch die permanente Kriegswirtschaft bewirkte) allgemeine Arbeitskräftemangel wird, desto notwendiger ist es für sie, die Arbeitskraft als Teil der allgemeinen Planung, wie sie nun einmal besteht, zu betrachten. Wenn wir der Redaktion des „Economist" glauben wollen, so gibt es irgendwo im Finanz- und Wirtschaftsministerium eine Gruppe von Leuten, die während ihrer Arbeitszeit das wahrscheinliche Wachstum des Volkseinkommens in den nächsten zwölf Monaten sowie das (gerade noch) annehmbare Wachstum des gesamten nationalen Lohnaufkommens „schmieden". Es ist unwichtig, ob es derartige Experten im Ministerium wirklich gibt. Tatsache ist, daß sie gebraucht werden, daß der moderne Kapitalismus, so zurückgeblieben seine Planungsprozedur im Westen auch ist, seine Auswirkungen auf das Angebot von Arbeitskraft nicht ignorieren kann. Er kann auch nicht annehmen, daß Arbeitskraft im Bedarfsfalle automatisch da sein wird. Der moderne Kapitalismus muß an die Arbeitskraft mit der gleichen Umsicht herantreten wie an jedes andere in der Prdouktion knappe Material. Der Kapitalismus kann es sich nicht leisten, mit völlig unvorhergesehenen Forderungen der Arbeiter konfrontiert zu werden; er muß die Arbeiter einplanen und soweit wie möglich an das System binden. Reformen werden somit zum Bestandteil des Geschäfts. Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, die Wesenszüge des modernen westlichen Kapitalismus ins Gedächtnis zurückzurufen.

Wir haben es mit einer kleinen Anzahl von riesigen Industriekomplexen zu tun, von denen jeder insoweit unabhängig ist, als Finanzierung, Management, Produktion und Forschung überwiegend intern organisiert werden. Ein jeder Komplex genießt eine Planungsautonomie innerhalb der Grenzen eines allgemein akzeptierten Rahmens, der von ihren Vertretern in der Staatsmaschinerie ausgehandelt wird. Der umfangreiche staatliche Bereich ist dabei kaum mehr allein „primus inter pares". Wenn überhaupt ein Strukturmerkmal für den zeitgenössischen Kapitalismus kennzeichnend ist, so sind es die föderativen Beziehungen zwischen den Kapitalzentren in allen entsprechenden nationalen Bereichen: die gegenseitige Kampfeslust macht allmählich, wenn auch nicht harmonisch, einer Art Ko-operation Platz, während der einst unparteiische ,wirtschaftlich unabhängige Staat (Eigentümer des Feldes, auf dem sich die Kapitalzentren bekämpften) allmählich selbst zu einem solchen Kapitalzentrum wird. Das heißt nicht, daß die alten Formen verschwunden sind. Es gibt immer noch Kapital-„Übernahmen" und Formen der Konkurrenz. Aber ist es nicht eine Tatsache, daß die überwältigende Mehrzahl solcher „Übernahmen" freundschaftlich arrangiert werden und daß Konkurrenz in allen Bereichen vorherrscht, nur nicht in der Preissphäre, wo sie sich schädlich auswirken könnte?

Die Bedeutung der wachsenden Föderation des Kapitals liegt in der Streuung der Ansatzpunkte, wo Reformen stattfinden, und in der weiten Verbreitung der wirkenden Kräfte. Wenn es richtig ist, daß der moderne Kapitalismus in wachsendem Maße gezwungen ist, auf Grund seiner Größe und Struktur und auf Grund der durch die permanente Kriegswirtschaft bedingten Umstände für die Forderungen der Arbeiterschaft (manchmal sogar, bevor diese ihre Forderungen formuliert hat) Vorsorge zu treffen, so ist es auch richtig, daß diese Vorsorge mehr in den Konferenzsälen und Vereinigungen der Großindustrie erledigt wird als im Regierungsviertel Whitehall, dem Zentrum politischer Macht. Das Zurückgehen der staatlich durchgeführten Reformen, die Gesamtheit der Maßnahmen, die den Wohlfahrtsstaat ausmachen, braucht im einzelnen hier nicht ausgeführt zu werden. Auch bedarf das entsprechende Anwachsen von privaten Wohlfahrtssystemen — von privaten Pensionen bis zum Betriebsgesundheitswesen — kaum einer Erwähnung. Das alles ist zur Genüge bekannt. Was aber an dieser Entwicklung bedeutsam ist, das ist die Lokalisierung und Zerstreuung der Reformprozesse, die sich verringernde Relevanz des Staatsapparats und seines parlamentarischen Zubehörs.

Ein offensichtliches Ergebnis dessen ist der Niedergang des Reformismus als einer politischen Bewegung. Ob man es an der schrumpfenden individuellen Mitgliedsstärke der Labour Party, an dem sich wandelnden Charakter der Partei mißt (die von Gaitskell in die Richtung auf Brandts SPD gedrängt wird) oder an der grenzenlosen Verwirrung der ehrlichen reformistischen Linken um das Wochenblatt „Tribune", die Symptome des Verfalls sind nur allzu deutlich.

Nach gründlicher Überlegung wählen Arbeiter immer noch Labour, obwohl das Gleichgewicht sich unter den jüngeren Arbeitern allmählich verschiebt. Aber die Erwartungen, die an

parlamentarische Veränderungen in Westminster geknüpft werden, nehmen langsam ab. Gleichzeitig auch die Bedeutung des politischen Engagements der Arbeiterschaft.

Das heißt nicht, daß die Arbeiter weniger an Reformen interessiert sind als bisher. Die permanente Rüstungswirtschaft garantiert Vollbeschäftigung. Sie hat die Erwartung ständiger Vollbeschäftigung geschaffen und im gleichen Maße eine gewisse Gleichgültigkeit und ein Selbstbewußtsein gegenüber Vorgesetzten und Autoritäten herbeigeführt, wie sie bisher in der Geschichte der Arbeiterschaft wenig bekannt sind. Es ist kaum zu erwarten, daß diese Zuversicht und diese Verhandlungsstärke nicht ausgenutzt werden wird. Die Kämpfe um die Verwirklichung von Reformen nehmen im Gegenteil zu. Was sich verändert hat, sind die Formen und Schauplätze des Kampfes und in noch stärkerem Maße die Hilfstruppen in diesem Kampf.

In einem Wort — die Arbeiter sind zu ihren eigenen Reformern geworden. Wo sie früher ihre Reformziele — Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Gesundheits- und andere Wohlfahrtsdienste — durch die Entsendung von Vertretern ins Parlament verfolgten, unternehmen sie heute Schritte, um die gleichen Ziele direkt, ohne Unterhändler (nur mit Hilfe von Betriebsräten oder lokalen Gewerkschaftsorganisationen), zu erreichen. Dies entspricht genau der Machtverlagerung aus dem Parlament in die riesigen privaten Machtzentren, die die Wirtschaft kontrollieren.

Es ist nicht die Absicht dieser Argumentation, diese Entwicklung in der Art der Syndikalisten zu fetischisieren. Sie hat ihre unerfreulichen Aspekte: wie militant eine Gruppe von Arbeitern bei der Verbesserung ihrer eigenen Situation auch sein mag, solange ihre Militanz sich nicht zu **politischen** Aktionen verallgemeinert, kann sie nur zu einer Vertiefung der Kluft zwischen ihnen und den weniger glücklichen Bevölkerungsteilen führen, die entweder zu alt sind oder nicht das Glück haben, in den konzentrierten und wachsenden Industriezweigen zu arbeiten.

Ihre Aktivität ist beschränkt und vermehrt nur noch die Uneinigkeit ihrer Klasse, setzt ein lokales ad-hoc-Bewußtsein an die Stelle des Klassenbewußtseins und führt zu einem Mißtrauen gegenüber politischen Ideen und Organisationen. Die Liste der Anklagen ist lang und könnte verlängert werden. Dennoch geschehen diese Dinge. Die Bedeutung partikulärer Militanz oder eines do-it-yourself-Reformismus unter den modernen kapitalistischen Bedingungen zu verneinen, heißt, die charakteristischsten Züge des zeitgenössischen Kapitalismus sowie die Realität der Reaktion unter der Arbeiterschaft auf diese Grundzüge zu ignorieren.

Aber wenn dabei kein Platz für einen Fetischismus ist, so ist ebenso wenig Grund zur Verzweiflung gegeben. Indem der Arbeiter sein eigener Reformer wird, weist er den hemmenden Einfluß der organisierten reformistischen Partei zurück. Er, der direkt an der lokalen Organisation an der Basis interessiert ist, trägt die Hauptlast des Konflikts mit dem Kapital; er trifft die Entscheidung zur Aktion, ohne sich viel um politische Autorität zu kümmern. Sein Erkennen der Beziehungen zwischen den Fragmenten von Kapital und Arbeit, mit denen er direkt zu tun hat, bestimmen seine Aktivität. Für ihn sind Reform und Revolution nicht getrennte Handlungsweisen, eingeschlossen in wesensfremden und getrennten organisatorischen Bindungen oder Loyalitäten; der Übergang von Reform zur Revolution ist für ihn ganz natürlich, unmittelbar und ungehemmt durch die opportunistischen Interssen einer reformistischen Organisation, eine Sache der unmittelbaren Reaktion auf sich verändernde Umstände.

Hier wird die Diskussion über die „Stabilität" des Kapitalismus wieder relevant. Wäre das System so stabil, wie die Reformisten versichern, wäre die Frage nach seiner Umformung sinnlos. Nur wegen seines fundamental **nicht** krisenfesten Charakters ist es uns möglich, die Umformung eines partikularistischen sozialen Bewußtseins und lokaler Loyalitäten in ein entsprechendes **Klassen**bewußtsein zu fordern und eine scharfe und umwälzende Veränderung der Gesellschaft als realistische Alternative zum tödlichen status quo.

Die Öffnung nach Links

Lelio Basso

Am Samstag, dem 10. März, sprach die italienische Abgeordnetenkammer Fanfanis Regierung der linken Mitte das Vertrauen aus. Es bestand von vornherein kein Zweifel daran, daß Fanfani auch das Vertrauen des Senats erhalten würde. Damit gibt es zum ersten Male seit 1947 eine Regierung, die sich auf die PSI (Partito Socialisto Italiano) stützt. Die Stimmenthaltung der PSI genügte, um der Regierung mit den Stimmen der Democracia Christiana, der Sozialdemokraten Saragats, der kleinen republikanischen Partei und einiger Unabhängiger ungefähr die Hälfte der Parlamentssitze zu sichern. Darüber hinaus versprach die PSI, sich gegenüber allen Gesetzen wohlwollend zu verhalten, die der Verwirklichung des ausgehandelten Sozial- und Wirtschaftsprogramms dienen sollen. Wie bereits bekannt, enthält dieses Programm einige wichtige Punkte, die seit mehreren

Jahren prinzipielle Forderungen der Arbeiterbewegung bildeten, wie z. B. die Durchführung der Verfassungsreform, welche die Einrichtung von 19 autonomen Regionen in Italien vorsieht. (Bisher sind nur vier eingeführt worden: die beiden Inseln Sizilien und Sardinien, sowie die beiden mehrsprachigen Regionen Valle d'Osta und Trentino-Oberetsch, Südtirol). Dazu gehört auch die Verstaatlichung aller Energiequellen und damit aller Elektrizitätswerke, die heute von privaten Machtgruppen beherrscht werden; die Anerkennung des Prinzips der Wirtschaftsplanung mit Betonung der staatlichen Interventionen innerhalb der Wirtschaft; die Beseitigung verschiedener überholter Landwirtschaftsformen, darunter besonders der „Mezzadria" (Halbpacht) etc.

Was bewegte die DC zu solch einem fortschrittlichen Programm und damit unmittelbar zusammenhängend zu einer Verständigung mit der PSI, als es galt, der neuen Regierung eine Mehrheit zu sichern? Und welche Bedeutung hat eine solche Zieländerung für die PSI? Die DC entschloß sich, gegen starke innerparteiliche Widerstände zu diesem Experiment. Im Wesentlichen zwangen sie folgende Gründe dazu:

a) Die Notwendigkeit, die Struktur des Landes zu modernisieren, entsprang großen Teilen des am weitesten fortgeschrittenen italienischen Kapitalismus. Durch die Beteiligung Italiens an der EWG wurde diese Modernisierung noch notwendiger. Wenn die großen italienischen Fabriken mit den deutschen und französischen Industrien erfolgreich konkurrieren wollen, müssen sie sich dem technischen Fortschritt anpassen und folglich die Produktionsebene erweitern. Es ist nicht möglich, einen Binnenmarkt zu schaffen, der allein eine Massenproduktion absorbieren kann. Das Interesse von FIAT oder Montecabini an einer allgemeinen Hebung des Lebensstandards gerade im Süden versteht sich aus dem Wunsch nach einer Vergrößerung des Automarkts (FIAT)) oder nach einer Modernisierung des Landes, die den Absatz von Landwirtschaftsmaschinen (FIAT) oder Kunstdünger (Montecabini) nach sich zieht. Man hat auch Verständnis für die Notwendigkeit, die Bildung einer qualifizierten Arbeiterschaft zu unterstützen, wobei sich das Problem des Ausbildungsstandes in der Schule stellt, die zu den unterentwickelsten Bereichen der italienischen Gesellschaft zählt: wenn man hier nicht Abhilfe schafft, wird Italien weiterhin eine Hilfsarbeitermasse produzieren, die zur Arbeitslosigkeit verdammt ist, während es in den Fabriken an Facharbeitern und Technikern mangelt. Die Verstaatlichung der Elektrizitätswerke kommt gleichfalls den Bedürfnissen der energieverbrauchenden Industrien entgegen, die den Staat als Lieferanten den Privatgruppen vorziehen. Dies gilt für viele sich entwickelnde Industrien, z. B. für die chemische und die eisenschaffende Industrie usw. Die Verstaatlichung kann auch Privatkapitalien für neuere und gewinnbringendere Industriezweige freimachen: es ist auch nicht ausgeschlossen, daß innerhalb relativ weniger Jahre Atomkraftwerke mit geringeren Kosten arbeiten, als Wasserkraftwerke. Wirtschaftsplanung ist heute für jedes moderne Land unumgänglich geworden. Auch im traditionellen Vaterland der liberalen Wirtschaft beeilt sich der Konservative Macmillan, Planungsorgane zu schaffen.

b) Das Bewußtsein, daß für jede andere Politik eine Mehrheit im Parlament oder im Lande fehlte. Rein rechnerisch betrachtet wäre eine Koalition zwischen der DC und der Rechten möglich, aber nach der Erfahrung mit Tambroni und der heftigen Reaktion im Volk im Juli 1960 ist es eindeutig, daß eine ähnliche Regierung erneut schnell hinweggefegt würde und der DC schwerwiegende Folgen für die Wahlergebnisse erwachsen würden. Die traditionelle Formation der Mitte (DC, Sozialdemokratie, Republikaner und Liberale) ist nicht möglich, weil Sozialdemokraten und Republikaner nicht mehr mit den Liberalen koalieren wollen, sondern ein fortschrittlicheres Programm befürworten. Andererseits hat der lange Kampf der Linken für ein solches Programm starken Einfluß auf die öffentliche Meinung und selbst auf die katholischen Arbeiter gehabt, den die DC nicht ignorieren kann, ohne Gefahr zu laufen, einen Teil ihrer Wähler an die Linke zu verlieren. Sie zieht deshalb einen Stimmenverlust auf der Rechten vor, um sich der Allianz der PSI zu versichern, die ihr immer eine starke Mehrheit garantiert.

c) Die Entscheidung der DC wurde dann noch von der neuen Richtung begünstigt, die Papst Johannes XXIII. gewiesen hatte. Er gewährte nicht nur offiziell der DC eine ziemlich weitreichende Autonomie, indem er zunächst insgeheim die Kardinäle und Bischöfe daran hinderte, öffentlich in die Politik einzu greifen, er unterstützt auch im Geheimen die Öffnung der DC nach links unter der Bedingung, daß die Einheit der Katholiken nicht zerstört werde. Es scheint darüber hinaus, daß die Politik von Papst Johannes XXIII. darauf zielt, die Beziehungen zum kommunistischen Lager auf eine neue Basis zu stellen.

d) Man darf schließlich Beispiel und Einfluß der „New Frontier" Kennedys nicht vergessen, i. e. das Bewußtsein, das notwendig ist, um den Herausforderungen der kommunistischen Welt zu begegnen. Dazu bedarf es eines gestählten, dynamischen Kapitalismus, der imstande ist, den Massen einen immer höheren Lebensstandard zu bieten. Die Tatsache, daß Kennedy katholisch ist, vergrößert noch das Prestige, das er bei den italienischen Katholiken genießt, und die Ratschläge, die er über die amerikanische Botschaft in Rom zugunsten einer Wiedergewinnung der PSI für die westliche Politik gegeben hat, haben günstige Aufnahme bei der Industrie gefunden. Name und Beispiel Kennedys sind auf dem Kongreß der DC in Neapel zur Rechtfertigung des neuen Kurses ausführlich zitiert worden.

e) Schließlich darf man nicht vergessen, daß die Vertreter des öffentlichen wirtschaftlichen Sektors (ENI, IRI, Landwirtschaftsreformkammern), die jedes Anwachsen des Ausmaßes und Einflusses dieses Sektors mit Wohlwollen betrachten, großen Einfluß innerhalb der DC ausüben.

Im großen und ganzen wurden die Entscheidungen der DC nicht einstimmig gefällt. Wenn auf dem Kongreß der Sekretär der

DC, Moro (der ohne Zweifel der Führer mit der größten Autorität ist und dem es gelungen ist, Fanfani in den Schatten zu stellen), der diese Politik mit Wärme und Überzeugung verteidigt, ungefähr 80 % der Stimmen gewann, dann waren nicht alle, die ihn unterstützt haben, in Wirklichkeit überzeugt. Es bleibt eine starke Opposition, deren Schwerpunkt in den parlamentarischen Gruppen zu finden ist. Sie könnte das Leben der Regierung Fanfani schwer machen, um so mehr als Fanfani (im Gegensatz zu Moro) sich bei den ihn unterstützenden Gruppen keiner allzu großen Sympathien erfreut. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei den Präsidentschaftswahlen Ende April die Regierung auf Grund der halbherzigen Unterstützung, die sie in Teilen der DC erfährt, Schwierigkeiten haben könnte.

Die PSI dagegen kann einstimmig zu ihrer Entscheidung stehen, die Regierung in der Form der Enthaltung zu unterstützen. Aber die Einstimmigkeit in der Entscheidung bedeutet nicht Einstimmigkeit der Motive. Es ist klar, daß diese Regierung für die Mehrheit nichts anderes ist als eine Etappe in Richtung auf eine organische und bleibende Zusammenarbeit, die Italien eine lange Periode einer DC-PSI-Regierung sichert. Es ist auch eindeutig, welche Perspektiven sich aus dieser Allianz ergeben können. Die DC verzichtet in der allgemeinen Politik nicht auf ihre eindeutig atlantische und antikommunistische Haltung. Wenn sie bereit ist, einen Preis für die Zusammenarbeit mit der PSI zu zahlen, dann genau in der Hoffnung, die PSI allmählich in einen politischen Mechanismus zu integrieren, der sie notwendig dazu brächte, jede Form der Zusammenarbeit mit den Kommunisten aufzugeben — sei es auf der Gewerkschaftsebene oder im kommunalen Bereich —, um so die KPI ebenso zu isolieren, wie es mit der KP Frankreichs gelungen ist. Weiterhin ist es klar, daß auch hinsichtlich des wirtschaftlichen und sozialen Gebiets Reformen und Planung, wie sie von der DC gewünscht werden, in großen Linien den Anforderungen eines modernen Kapitalismus entsprechen. Sie verstärken weder die Macht der Arbeitermasse, noch stellen sie einen Bruch mit dem kapitalistischen System dar. Eine endgültige Integration der PSI in dieser Richtung würde sie allmählich auf den Boden der deutschen Sozialdemokratie, auf die Position von Bad Godesberg bringen. Man kann sich daher fragen, warum selbst die sozialistische Linke für die Enthaltung gestimmt hat. Innerhalb der italienischen sozialistischen Linken wie auch in jeder heute existierenden Linken schlechthin, bestehen verschiedene theoretische Richtungen und politische Taktiken nebeneinander. Es fehlt nicht an solchen, die a priori jegliche Möglichkeit der Unterstützung bürgerlicher Regierungen zurückweisen und jede Form der bürgerlichen Demokratie als trügerisch und mystifizierend ablehnen. Ich persönlich teile diesen Standpunkt nicht, weil er mir abstrakt und extremistisch erscheint. Ich glaube, es entspricht den Lehren von Marx eher, wenn die Arbeiterbewegung alle Möglichkeiten des Kampfes nutzt, die sich in der gegenwärtigen Gesellschaft anbieten. Das schließt den Gebrauch parlamentarischer Mittel ein wie den jeden anderen Mittels. das von der „bürgerlichen Demokratie" dank der Nutzung der bereits bestehenden Hebel und der Schaffung neuer Machtzentren auf die Klassenschranken dieser Demokratie zu drücken erlaubt und fortschreitende Beteiligung der Arbeiter an der effektiven Machtausübung vergrößert. Unter diesem Gesichtspunkt glaube ich nicht, daß man von vornherein für die Arbeiterbewegung die Möglichkeit ausschließen sollte, bürgerliche Regierungen zu stützen, wenn dies dazu dient, die Widerstände der zurückgebliebenen Rechten zu überwinden und wichtige Forderungen durchzusetzen.

Die Bedingung allerdings ist dabei, daß man den Massen klar sagt, daß es sich um einen taktischen Kompromiß mit dem Gegner handelt. Ein solcher Kompromiß soll den Kampfeswillen für neue Forderungen nicht mindern, sondern im Gegenteil eine Ausgangsbasis für den Kampf um neue politische und gesellschaftliche Positionen bieten. Im konkreten Falle überwogen diese Überlegungen unter den sozialistischen Linken. Sie gelangten zu der Überzeugung, das gegenwärtige Experiment biete einige nützliche Perspektiven:

a) Es bietet die Gelegenheit, einige Hindernisse zu beseitigen, die seit Jahren die italienische Arbeiterbewegung blockieren (insbesondere die Regionalgliederung und die Verstaatlichung der Elektrizitätsindustrie). Weiter bietet sich die Möglichkeit, sich auf einer neuen und moderneren Kampfesebene zu messen; wenn sich auch bei einer näheren Untersuchung der Fakten diese Ziele als weniger wichtig erweisen sollten, als es in der Vergangenheit schien, so wird ihre Durchsetzung doch die Arbeiterbewegung verpflichten, sich entfernteren Zielen zuzuwenden, um den eigenen Horizont in Richtung auf größere Eroberungen auszuweiten. Unter diesem Gesichtspunkt agiert eine Regierung wie die gegenwärtige, sofern sie das angenommene Programm verwirklicht, als Stimulus für die Arbeiterbewegung, die seit Jahren versucht, den Gang der Ereignisse zu bestimmen.

Wenn die Regierung — was durchaus möglich ist — aus Mangel an eigenem Willen oder auf Grund der inneren Widersprüche der DC die übernommenen Verpflichtungen nicht in die Tat umsetzen sollte, würde sich doch das Experiment gleichermaßen als positiv erweisen, wenn es dazu dient, das klarere Erkennen derer zu ermöglichen, welche die Klassengrenzen markieren. Es würde auch die Funktion aufzeigen, die der DC in der italienischen Politik zukommt. Es ist die Regierung jedenfalls bestimmt, das Programm zu verwirklichen oder nicht, die innere Spannung in der DC zu vergrößern, die Polemiken zu verstärken und — was am meisten zählt — das Bewußtsein der katholischen Massen zu schärfen, indem sie die unüberwindlichen Widersprüche zwischen ihren Wünschen und dem politischen Willen des rechten Parteiflügels deutlich macht.

b) Wenn die Arbeiterbewegung die Situation zu nutzen weiß, ist es schließlich evident, daß eine Phase der Bewegung in der Politik günstig für die Erneuerung des Elans der Massen sein kann. Da die Verwirklichung des Programms auf Schwierig-

keiten stoßen wird, ist ein öffentlicher Druck notwendig oder wenigstens wünschenswert, um den mit Sicherheit zu erwartenden Widerstand der rechten Christdemokraten zu brechen. Wenn die Arbeiterparteien die parlamentarischen Kämpfe mit der Aktion der Massen zu verbinden wissen, könnte die gegenwärtige politische Phase nicht nur zu einer Stärkung des Bewußtseins und des Kampfeswillens der Massen beitragen, sondern neue Formen der Einheit auch mit den katholischen Arbeitern schaffen und eine Dynamik erzeugen, die imstande wäre, die Volksbewegung über die (begrenzten) Ziele hinauszutreiben, die der gegenwärtigen Regierung zugewiesen worden sind. Natürlich werden diese Gesichtspunkte von der sozialistischen Mehrheit innerhalb der PSI nicht in Betracht gezogen. Diese will die politische Aktion auf den engen parlamentarischen Bereich begrenzen, und darüber hinaus von dem Anwachsen der Distanz zwischen Sozialisten und Kommunisten profitieren. Die wirkliche Gefahr liegt also nicht in der Aktion selbst, sondern in der Art wie sie zu Ende geführt wird und darin, welchen Reflex sie im Bewußtsein der Massen finden wird: wenn es die sozialistische Rechte durchsetzen sollte, noch einmal an die Illusion einer definitiven demokratischen Wendung der DC durch eine permanente Allianz DC-PSI und an ein friedliches Hinüberführen zu den Zielen des Sozialismus zu glauben, wären Enttäuschung und Zersplitterung groß.

Hier muß der Kampf zwischen der sozialistischen Linken und Rechten ausgetragen werden. Sicherlich ein schwerer Kampf, dem aber deswegen nicht ausgewichen werden darf. Hätte die sozialistische Linke genau dies zur Parole der Weigerung vor der Operation gemacht, wäre sie von den Massen nicht verstanden worden und die Linke hätte sich auf eine kleine Gruppe Reservierter und Intellektueller reduziert. Dieser Gesichtspunkt wird um so deutlicher, als die Kommunisten (wie immer besorgt, sich von den Ereignissen nicht abschneiden zu lassen) das Regierungsprogramm und allgemein die Operation der linken Mitte positiv beurteilt und eine heftige Attacke gegen den „Extremismus" eines Teils der sozialistischen Linken geritten haben. Es stimmt zwar, daß sie dann gegen die Regierung stimmten, hauptsächlich im Namen der Außenpolitik, aber in Wirklichkeit haben sie deutlich den Wunsch zum Ausdruck gebracht, diese Regierung müsse sich an der Macht halten. Aus diesem Grunde gaben sie ihre Gegenstimme ab. Eine kommunistische Stimmenthaltung hätte tatsächlich die Schwierigkeit der Regierung innerhalb der DC verstärkt und ihre Existenz gefährdet. Bedauerlicherweise überwogen in der kommunistischen Haltung zufällige taktische Motive mehr als grundsätzliche Reflektionen, wie wir sie oben andeuteten. Es wäre möglich, daß von seiten der Kommunisten keine Hilfe kommt, wenn es gilt, die Massen auf weiter vorgeschobene Positionen zu bringen, von denen wir bereits sprachen. Diese Befürchtung vergrößert noch die Verantwortung der sozialistischen Linken. Die Verantwortung ist wahrscheinlich zu groß, gemessen an ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihrer ungenügenden Geschlossenheit. Aber dies sollte kein triftiger Grund sein, den Kampf aufzugeben.

Die SPD in der gesellschaftlichen Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg

Jürgen Schaltenbrand

Anmerkungen zum Begriff der NEUEN LINKEN (2)

Die Entstehung der NEUEN LINKEN in der Bundesrepublik hat — wie auch in anderen westeuropäischen Ländern — ihren Ursprung in der Kritik am Verhalten der traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung (der Gewerkschaften und Parteien) angesichts bestimmter gesellschaftlicher Prozesse. Da die Analyse dieser Verhältnisse für die Selbstverständigung der NEUEN LINKEN eine entscheidende Funktion erhielt, scheint es in diesem Zusammenhang notwendig, die entscheidenden Momente dieser Analyse noch einmal zusammenfassend zu referieren. Wenn dabei der generellen gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik und dem Wandlungsprozeß der SPD ein entscheidendes Gewicht verliehen wird, so geschieht das nicht nur, weil es der Sache angemessen ist, sondern auch um eine gewisse Schematisierung zu erreichen. Ihrer tatsächlichen Rolle unangemessen, werden die Gewerkschaften nur am Rande Erwähnung finden, da anders der Rahmen eines kurzen Aufsatzes wohl gesprengt würde.

1. Die gesellschaftliche Entwicklung Westdeutschlands seit 1945

Kurz nach der Niederwerfung des Nazismus durch die Alliierten und der Aufteilung Deutschlands in einen westlichen und einen östlichen Einflußbereich hielten viele die Zeit für gekommen, die Wurzeln des Faschismus ein für allemal auszureißen. Die Zeit schien reif für eine grundlegende Änderung jener kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse, die in ihrer krisenträchtigen Entwicklung eine Demokratie zerstört und dem Nazismus in den Sattel geholfen hatten. Sozialisierung, Pla-

nung, Arbeiterselbstverwaltung schienen unabdingbar für die Errichtung einer stabilen politischen und wirtschaftlichen Demokratie. Die mannigfachen Umgestaltungsprogramme wiedererstandener und neugegründeter politischer Organisationen waren jedoch kaum schon formuliert, als sich ihre Ohnmacht gegenüber den tatsächlichen Vorgängen erwies. Daß alle auf Veränderung der Gesellschaft zielenden Vorstellungen Makulatur wurden, verdankte sich im wesentlichen dem durch die Anti-Hitler-Koalition vorübergehend verstummten, nunmehr mit aller Heftigkeit neu entbrennenden Konflikt zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Kaum von Faschismus und Krieg befreit, fand sich das geteilte Deutschland bereits wieder im Zentrum einer weltweiten Auseinandersetzung. Kapitalismus und Kommunismus gingen daran, ihre jeweiligen Einflußbereiche gegeneinander abzusichern, deren Grenze nunmehr mitten durch Deutschland hindurchlief.

Während im Osten Deutschlands unter Oberleitung der UdSSR die Umwandlung in eine Volksdemokratie sowjetischer Prägung vorgenommen wurde — mit der Hoffnung ihrer Auswirkung auf das ganze Deutschland —, nahm die Entwicklung in den drei Westzonen eine ebenso spezifische Richtung. Deren Determinanten lagen auf verschiedenen Ebenen. Die alliierte Militärdiktatur reduzierte den Handlungsspielraum des antifaschistischen Deutschlands auf ein Minimum. Die allenthalben erhobene Forderung nach einer sozialistisch getönten Demokratie konnte andererseits nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie **nicht** durch eine aktive Massenbewegung getragen wurde. Es gab im Vergleich zu den Jahren nach dem ersten Weltkrieg keine der Räte-Bewegung vergleichbare spontane Entwicklung praktischer sozialer Phantasie. Der Grund hierfür ist nicht nur in dem unvergleichlich viel größeren Ausmaß an psychischer, physischer und materieller Vernichtung zu suchen, das sich Deutschland mit der nazistischen Gewaltherrschaft eingehandelt hatte. Eine — wenn man so will — revolutionäre Praxis der Arbeiterschaft blieb auch deshalb aus, weil das Scheitern der Räte-Bewegung und das der Arbeiterbewegung insgesamt vor dem Faschismus noch zu frisch im Gedächtnis hafteten, um nicht zu Resignation zu führen, wo es gegolten hätte, reale Veränderungen erst einmal durchzusetzen. So ging die Arbeiterschaft zwar unter unsäglich harten Bedingungen und teilweise im erbitterten Widerstand gegen die alliierte Politik daran, die Produktion wieder aufzunehmen, die überkommenen Strukturen industrieller kapitalistischer Produktion, des Betriebes, der Hierarchie, blieben dabei jedoch unangetastet.

Nicht wenige hatten in Westdeutschland auf Unterstützung seitens der bürgerlich-kapitalistischen Demokratien bei der Geburt eines demokratisch-sozialistischen Deutschlands gehofft. Anti-Faschismus, Entnazifizierungsbestrebungen und die entschieden anti-kartellistische Einstellung der Amerikaner weckten die Illusion, die Alliierten verhülfen Deutschland ausgerechnet zu dem, wogegen sie sich im eigenen Lande mit allen Mitteln zur Wehr setzten. Im Gegensatz dazu stand die Tatsache, daß die Entnazifizierung sich von vorneherein nur gegen Personen und Namen richtete, nicht aber gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Faschismus erzeugt hatten. Demontage und Entflechtung richteten sich zwar gegen Großunternehmen, deren Verfilzung mit dem Nazismus offenkundig war, an die Tatsache des Privateigentums an den gesellschaftlich erzeugten und betriebenen Produktionsmitteln, an die unkontrollierte und undemokratische Macht, die aus der Verfügung einzelner über große wirtschaftliche Einheiten erwächst, gedachte man jedoch nicht zu rühren.

Wer in Westdeutschland noch meinte, die Zwangswirtschaft der ersten Nachkriegsjahre ließe sich zu einer demokratisch geplanten und kontrollierten sozialistischen Wirtschaftsordnung ausbauen, sah diesen Glauben spätestens im Anschluß an die Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei, an die Blockade Berlins, zerrinnen. Der mit aller Macht brennende „Kalte Krieg" zerschnitt alle Ansätze zu einer Neuordnung in ganz Deutschland zugunsten einer östlichen und einer westlichen Lösung.

Im Gegensatz zum „Versailler Diktat und seinen Folgen" sah die alliierte Lösung des Deutschlandproblems etwa seit 1947 so aus, daß durch den Aufbau einer leistungsfähigen deutschen Wirtschaft nach kapitalistischen Prinzipien revolutionäre Entwicklungen ausgeschaltet werden sollten. Demontage, Entflechtung und Entnazifizierung verloren spürbar an Bedeutung, in reichem Strome floß Geld aus dem Ausland nach Westdeutschland herein, um die von der Arbeiterschaft wieder in Gang gesetzte Produktion so richtig anzukurbeln. Die Tage der Treuhänder waren gezählt, versprachen doch die alten Kapitaleigner mit ihrer „Unternehmerinitiative" am ehesten eine florierende wirtschaftliche Entwicklung zu garantieren. Die wirtschaftliche Aufrüstung Westdeutschlands sollte jedoch nicht nur „extreme politische Entwicklungen" verhindern, im Zuge der allgemeinen Aufrüstung konnten die Westmächte auf das deutsche industrielle Potential, zumal das des Ruhrgebiets, nicht verzichten.

Als 1949 das Grundgesetz als provisorische Verfassung der Bundesrepublik verabschiedet wurde, waren die Weichen längst in Richtung eines bürgerlich-kapitalistischen Westdeutschlands gestellt. Die Länderverfassungen hatten teilweise noch (als Relikt der Auffassungen über wirtschaftliche und soziale Demokratie, die einmal bis in die CDU/CSU hinein geteilt wurden) einige soziale Grundrechte garantiert, etwa das Recht auf Arbeit. Im Grundgesetz war davon nichts mehr zu spüren, im Gegenteil: Art. 14, II zeigt, daß der Gebrauch des Eigentums **zugleich** dem Wohle der Allgemeinheit dienen **soll,** nicht etwa muß.

Gemäß der eingeleiteten Schritte zur Wiederherstellung kapitalistischer Produktionsverhältnisse war längst vergessen, daß man noch 1947 eben jene Verhältnisse für das Aufkommen des

Faschismus mit verantwortlich gemacht hatte. Die Erfahrungen, die sich im Grundgesetz niederschlugen, waren zu der Vermutung geschrumpft, es sei die schwache konstitutionelle Ordnung Weimars gewesen, die dem Faschismus zum Siege verholfen habe, der seinerseits nur noch in den Kategorien der Psycho-Pathologie oder allenfalls noch der Sozial-Psychologie erklärbar schien. Der Versuch seiner gesellschaftlichen Ableitung wurde einzig noch in Teilen der Arbeiterbewegung und der SPD ohne die geringste Hoffnung auf praktische Konsequenzen vorgenommen.

Die Entwicklung der Bundesrepublik steht in enger Beziehung zu dem Ausbleiben einer konstitutionell gesicherten politischen **und** wirtschaftlichen Demokratie. Der Widerspruch, der sich zwischen der einzig politisch gefaßten Verfassungsnorm und der Verfassungswirklichkeit der sich entwickelnden Bundesrepublik auftut, verdankt sich weitgehend gesellschaftlichen Entwicklungen, auf die sich die Verfassungsnormen bewußt nicht erstrecken sollten, er ist aber auch in den Teilen des Grundgesetzes angelegt, die aus der Furcht vor einem neuen „Weimar" die Exekutive derartig mit Macht ausstattete, daß autoritäre Entwicklungen eher gefördert, denn gehemmt wurden. Wenn bis zum heutigen Tage die Grundrechte formell nicht angetastet sind, so kann das keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß eine Reihe von Tendenzen eine **juristisch nicht faßbare** Aushöhlung konsistenter demokratischer Normen bewirkt haben.

Der Substanzverlust der politischen Demokratie in der Bundesrepublik steht in enger Beziehung zu der längst wieder in politische Macht umgeschlagenen Rekonzentration wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen. Die apologetisch immer wieder zitierte Eigentumsstreuung in vielen Händen in der Form von Aktien usw. verschleiert, daß die Art, wie über die Produktionsmittel verfügt wird, i n h a l t l i c h (wenn auch nicht durchgehend formal) nach den traditionellen Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Produktionsweise vor sich geht. Die Trennung von Eigentum und Verfügung, die unter dem Schlagwort „Herrschaft der Manager" zum Indiz für die Überwindung des Kapitalismus gemacht wird, bewirkt neben formalen sicher auch einige inhaltliche Modifikationen, keinesfalls aber die Aufhebung des Kapitalismus: die Produktionsformen, die sich nicht geändert haben, zumal das Profitmotiv, verweisen auf die Tatsache, daß der Manager nichts anderes ist, als ein Produkt kapitalistischer Arbeitsteilung. Er ist gewissermaßen der verlängerte Arm des Kapitals. Die Produktions- und Investitionsentscheidungen des Managements erfüllen auf erweiterter Stufenleiter dieselbe Funktion, wie der klassische Eigentümer als Unternehmer. Die Delegation dieser Funktion steht geradezu unter der Voraussetzung, daß sich der Inhalt der Entscheidungen im Rahmen der kapitalistischen Normen bewegt. Erfolg heißt, einen Mehrwert zu erwirtschaften, der ohne gesellschaftliche Kontrolle gesellschaftlich produziert wurde und über dessen Weiterverfügung wiederum nicht die Gesellschaft befindet, sondern die immanente Logik kapitalistischer Produktion.

Die sich stets verstärkende, oligopolistische Struktur der deutschen Wirtschaft dürfte sich anders schlecht erklären lassen.

Die, über Wahlkampffinanzierung nicht allein, materiell bewirkte Beeinflussung der Gesetzgebung und Politik gemäß der Interessen der Wirtschaft, wird dabei durch eine Reihe von Tendenzen zusehends erleichtert, die das System sozusagen „nebenbei" produzierte.

Die entscheidende Rolle in diesem Zusammenhang spielt der militante, emotionale Anti-Kommunismus. Ohne jeden Zweifel verlangen die Vorgänge seit 1917 in Rußland bis zum heutigen Ostblock eine „Kritik des Kommunismus". Diese Kritik hat die gesellschaftlichen Zusammenhänge in den Volksdemokratien ebenso zu reflektieren, wie das die kritische Theorie für die bürgerliche Gesellschaft unternimmt. Genau auf diese ernsthafte Auseinandersetzung mit der kommunistischen Realität muß der ideologische Anti-Kommunismus verzichten, will er seine Funktion erfüllen: die Verschleierung der hier bestehenden Gesellschaftsordnung. In seinem Mechanismus erweist sich der gängige Antikommunismus als Nachfahre des Antisemitismus. Längst vor dem Faschismus entstanden, nahm der Antisemitismus erst im dritten Reich seine „reine" Gestalt an: Jegliche kritische Regung gegen das Bestehende wurde dadurch neutralisiert, daß die angebliche „Verschwörung des Weltjudentums" gegen den „deutschen Menschen" nicht nur das Kritisierte rechtfertigen sollte, die „out-group" der Juden, die folglich für alles Schlechte verantwortlich schien, konnte ohne ernsthaften Widerstand des Volkes in grausiger Konsequenz hingemordet werden. Das „wer Jude ist, bestimme ich" verlängerte sich folgerichtig dazu, daß Intellektuelle, Kommunisten, Sozialisten, kurz alle, die es mit dem Widerstand ernstnahmen, das Schicksal der Juden teilten.

Die gleiche Funktion der Liquidierung jeglicher substantiellen Opposition und der Verschleiuergn der bestehenden Herrschaftsverhältnisse erfüllt in der Bundesrepublik in besonders ausgeprägter Weise der emotionale Antikommunismus. Die verfeinerten Methoden der Manipulation erlauben es in der Bundesrepublik bislang, ohne die Liquidierung der echten und eingebildeten Gegner auszukommen. Das Amerika McCarthys oder Spanien sind warnende Beispiele dafür, daß sich im Arsenal des Antikommunismus mehr befindet als der Rufmord. Systematische Diffamierung derer, die kritisch auf herrschende Zustände und Tendenzen verweisen, eröffnet die Möglichkeiten der Ausschaltung. Materieller Druck bis zur Einbuße des Arbeitsplatzes usw., Überwachung, Verhaftung ohne eindeutige Beweise und schließlich Tötung liefern Indices für das Ausmaß, in dem Rechtsstaatlichkeit ausgehöhlt oder außer Kraft gesetzt ist. Der Variantenkatalog für Diffamierung ist ebenfalls abgestuft: in der Bundesrepublik gang und gäbe sind: er ist ein Kommunist, er ist durch die Kommunisten gelenkt, finanziert usw., er besorgt die Geschäfte der Kommunisten, er ist, ohne sich darüber klar zu sein, ein Instrument, Handlanger,

Helfershelfer usw. der Kommunisten. Die Integrationsfunktion des Antikommunismus zu übersehen, heißt ihr erlegen sein. Die Erinnerung an die Art und Weise wie die SPD jahrelang dem antikommunistischen Trommelfeuer ausgesetzt wurde, beleuchtet beispielhaft die Art und Weise, wie die zunehmend reaktionäre Gesetzgebung und die politischen Entscheidungen der letzten Jahre realisiert wurden.

Das KP-Verbot, das eine völlig bedeutungslos gewordene Partei in die anonyme Illegalität sandte, liefert ein treffliches Beispiel dafür, wie der systembedingte Antikommunismus als Gleichschaltungsinstrument einen juristischen Unterbau findet, wobei die sicherlich durchaus demokratischen Intentionen dieses Verbotes für dessen gesellschaftliche Funktion völlig gleichgültig sind.

Die wachsende Emotionalisierung und Entpolitisierung, die erst die Wirksamkeit des Antikommunismus garantieren, sind wesentlich durch ein weiteres Moment vermittelt: die als Selbstzensur betriebene Selbstgleichschaltung der bundesdeutschen Presse. Die Presse von der „Bildzeitung" bis zur FAZ liefert mehr als einen Beweis dafür, daß der Demokratisierungsprozeß in Westdeutschland noch nicht einmal dort, wo „Meinung gemacht wird", aus einem verdinglichten, formal-demokratischen Rahmen herausgeführt hat. Weitaus bedrohlicher ist jedoch — wie qualitative Untersuchungen erwiesen haben —, in welchem Ausmaße sich von der FAZ hinab bis zur „Bildzeitung" mehr oder minder versteckt ein eindeutig autoritäres, undemokratisches Räsonnement häuft. Die Konfrontation fast jeder beliebigen deutschen Zeitung mit einem eindeutig liberalen u n d kommunistenfeindlichem Blatt wie der „Neuen Zürcher Zeitung" bestätigt diese Aussage. Der Verweis auf die militante Klerikalisierung, die zwischen den Maschen der Rechtsstaatlichkeit stets wachsenden Einfluß im öffentlichen und privaten Bereich gewinnt, mag genügen, wenn es noch eines weiteren Datums für die bundesrepublikanische Realität bedarf.

Das Gespann Antikommunismus - Klerikalismus - Emotionalisierung - Entpolitisierung erleichtert die Antwort auf die Frage, warum der Prozeß der Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik bei nach wie vor intaktem formalen Ablauf kaum ernsthafte Opposition weckt. Die allenthalben festzustellenden Störungen in der Informationsstruktur verweisen auf eine Tendenz zu monopolisierter Manipulation, die sich auf der Basis der allgemeinen unkritischen Konsumentenhaltung erfolgreich verschleiern läßt. Personalisierung objektiver Zusammenhänge und die Verstärkung autoritärer Denkstrukturen überhaupt verweisen auf Strukturveränderungen, die sich in vielen Bereichen der Gesellschaft in autoritärer Richtung vollziehen. Der Ursprung dieser Strukturveränderungen, die die demokratischen Institutionen ebenso verändern, wie etwa eine demokratische Partei, dürfte nicht zuletzt in der Entwicklung der Wirtschaft in den kapitalistischen Ländern liegen. Diese Entwicklung kollidiert zusehends und durchaus nicht allein in der Bundesrepublik mit einer funktionierenden Demokratie.

Wenn es eines Beweises darfür bedarf, bis zu welchem Grade die herrschende Klasse in der bürgerlichen Gesellschaft den Staat zu ihrem Staate macht, genügt der Verweis auf die einschlägige Gesetzgebung des Bundestages und ihre Tendenzen. Von der Mitbestimmung bis zu den geplanten Notstandsgesetzen haben sich allemal die Interessen des Kapitals gegenüber denen der Arbeit als die entscheidenden erwiesen. Die Partnerschaftsidee, die aus der Vorstellung einer pluralistischen Gesellschaft geboren ist, erweist sich unter solchen Umständen als formale Konstruktion. Nach der Pluralismustheorie kämpfen verschiedene, tendenziell gleich mächtige Interessen im Rahmen der politischen Demokratie um die Macht, mal siegen die einen, mal die anderen, letztlich stellt sich Harmonie her, die Identität von Interessen der Gruppen und denen der Allgemeinheit springt auf lange Sicht hin heraus. Man kommt nicht umhin, sich der „invisible hand" eines Adam Smith zu erinnern. Die ideologische Funktion von Partnerschaftsidee und Pluralismustheorie entlarvt sich in den Augenblick, wo beider Gültigkeit für die bestehenden Verhältnisse behauptet wird. Die erneute Zusammenballung politisierter Wirtschaftsmacht in wenigen Händen verweist aber nicht nur die Rede vom „Gleichgewicht der Kräfte" in den Bereich abstrakter Konstruktion, sie erklärt auch, welche Interessen hinter den ungezählten Versuchen stehen, den Spielraum der Gewerkschaften einzuschränken, tendenziell die Tarifautonomie aufzuheben und gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen überhaupt unmöglich zu machen. Die hochgradige Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft bedingt eine verhältnismäßig hohe Krisenempfindlichkeit. Das Auspendeln konjunktureller Schwankungen bei gleichzeitiger Abhängigkeit von Binnen- und Außenmarkt zwingt die Wirtschaft zu langfristiger Planung im Arbeits- und Kapitalmarkt. Da das Prinzip der Planung aber gegen die herrschende Gesellschaftsordnung verstößt, verlangt deren „störungsfreie" Beibehaltung eine wachsende Durchsichtigkeit und Steuerbarkeit im Bereich gesellschaftlicher Konflikte. Etwa ausbrechende Arbeitskämpfe bedrohen in wachsendem Maße die nur periodisch mögliche Übereinstimmung von Profitinteresse und gesellschaftlichem Interesse. Der Konflikt zwischen der wirtschaftlich bedingten Notwendigkeit langfristiger Planung und dem Prinzip der bestehenden Ordnung, staatliche Interventionen in der Wirtschaft abzulehnen, wird auf lange Sicht hin zugunsten einer im Interesse der Unternehmer liegenden Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte ausfallen, falls die gegenwärtige Entwicklung anhält.

Diese Tendenz wird dadurch gefördert, daß in der Tat eine „Institutionalisierung des Klassenkampfes" stattgefunden hat, wenn auch im Gegensatz zu pluralistischen Vorstellungen. Das bestehende Recht der Gewerkschaften unterliegt jedoch ebenfalls einer fortschreitenden Formalisierung, da die Bedingungen, unter denen die Institutionalisierung sich vollzieht, nicht von ihnen mitbestimmt wird, sondern in allen entscheidenden

Punkten im Sinne der herrschenden Interessen vorbestimmt sind. Dieses Problem der Institutionalisierung, oder anders gewendet, der Integration in das bestehende Herrschaftssystem, stellt sich auf allen Ebenen der Gruppenorganisation. Objektiv stellt sich der aller Integration vorausgehende Prozeß inhaltlicher Neutralisierung als Fügung in das Los der Beherrschten dar, substantielle Ablehnung der Strukturen, in die es sich zu integrieren galt, nimmt dabei notwendig ab.

Die fortschreitende arbeitsteilige Spezialisierung in allen Bereichen der Gesellschaft neutralisiert nicht nur oppositionelle Institutionen innerhalb der Demokratie, sondern auch deren Organe selbst. Anonymisierung der Herrschaft erzeugt auf der anderen Seite Entfremdung zwischen Delegierten und Delegierenden. Längst haben sich die Entscheidungen der Ausschüsse und Bürokratien den Parlamenten gegenüber soweit verselbständigt, daß man von einer Entmachtung der Parlamente spricht: die Würfel sind längst gefallen, wenn sie im Parlament verabschiedet werden. Die Verselbständigung der Demokratie gegenüber ihren Trägern im großen wiederholt sich im kleinen. Die Apparate der Organisationen, zumal der politischen, tendieren zur Verewigung ihrer Macht, die innerorganisatorische Demokratie unterliegt dabei demselben Formalisierungsprozeß, der, Entfremdung erzeugend, das Prinzip substantieller Kontrolle außer Kraft setzt.

Spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage, ob dem Entwicklungsprozeß der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu einem autoritären Gebilde mit formaldemokratischem Äußeren die „Kraft von Naturgesetzen" zukommt? Liegt der Grund dafür, daß alle Opposition nichts fruchtete, in der Gewalt der Vorgänge allein oder lassen sich in der Art der Opposition, wie sie die Bundesrepublik seit Kriegsende erlebte, Tendenzen nachweisen, die das Scheitern der Opposition erklären helfen? Die Diskrepanz, die sich zwischen den früheren Forderungen der SPD oder auch dem Münchener Grundsatzprogramm des DGB von 1949 und der bundesrepublikanischen Realität auftat, erklärt sich nicht zuletzt aus dem Charakter der „Alten Linken" selbst.

2. Die SPD und die „Alte Linke"

Der rasche Wiederaufbau der deutschen Arbeiterbewegung nach dem zweiten Weltkrieg zählt zu den erstaunlichsten Tatsachen der Nachkriegszeit. Der Einsatz, mit dem die Arbeiterschaft die Neugründung der alten Organisationen betrieb, steht dabei nicht im Widerspruch zu der weiter oben vermerkten Tatsache, daß eine auf reale Veränderungen zielende Massenbewegung ausblieb. Dahinter stand die Resignation derer, die sich als Objekte der bestehenden Herrschaftsverhältnisse betrachteten; die Arbeiterbewegung sollte nicht Vehikel zur Änderung sein, sondern die „Heimat", die die Gesellschaft den Arbeitern vorenthielt. Traditionen der deutschen Arbeiterbepegung spielten für dieses Bewußtsein ebenso eine Rolle, wie das „Schicksal" der Bewegung angesichts des Faschismus. Das Ausbleiben eines entschiedenen Widerstandes gegen den Nazismus dokumentiert den Charakter der alten Parteien und Gewerkschaften. Krieg und KZ dezimierten obendrein alle jene, die sich — wider die Tradition — verzweifelt bemühten, das Versäumte nachzuholen: die effektive sozialistische Aktion.

Die Nachkriegsentwicklung in Deutschland vollzog sich gegen den nachhaltig erklärten Willen der Arbeiterbewegung: sie beabsichtigte, die ökonomischen Wurzeln des Faschismus zu beseitigen und eine sozialistisch getönte Demokratie zu errichten. Die Unmöglichkeit, dieses Unterfangen, so wie man es sich dachte, durchzusetzen, zeigte sich bereits bei der Zwangsfusion von SPD und KPD zur SED in Ostdeutschland. Die deutsche Arbeiterschaft hatte der weltpolitisch vermittelten Zerreißung Deutschlands nichts entgegenzusetzen. Die organisatorischen Konsequenzen in Westdeutschland sind rasch aufgezählt: die Gewerkschaftsbewegung konstituierte sich gegen den Widerstand der Alliierten in Industriegewerkschaften, die ein schwacher Einheitsverband, der DGB, seit 1949 zusammenfaßt. Der Gründung einer Einheitsgewerkschaft, in der Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Christen usw. sich organisierten, lag die Erfahrung mit den Richtungsgewerkschaften früherer Zeiten zugrunde. Im Laufe der Entwicklung zeigte sich, daß die SPD der Gewerkschaftsbewegung die Farbe lieferte. Die Christen — politisch sowieso eigens organisiert — zeigten widersprüchliches Verhalten; teilweise hielten sie dem DGB die Treue, teilweise versuchten sie unter Pater Reichel die organisatorische Verselbständigung. Die Kommunisten sanken rasch zu einer gewerkschaftlichen und politischen Bedeutungslosigkeit herab, die die „Haltet-den-Dieb"-Funktion des KP-Verbots (s. o.) nachhaltig beleuchtet.

Die neuerliche theoretische Desorientierung der deutschen Sozialdemokratie drückte sich in der als „aus den Fehlern lernen" verstandenen bloßen Wiederherstellung des Verhältnisses von scheinrevolutionärem Kautskyanismus und einer davon völlig ungetrübten Praxis aus. Das Herunterleiern „marxistischer" Formeln ersetzte das schwierige Unterfangen einer auf Praxis gerichteten, systematischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung und der Rolle, die man selbst darin gespielt hatte und spielte. Der „marxistische" Flügel der SPD leistete durch diesen Verzicht nicht nur der gesellschaftlichen Entwicklung Vorschub, sondern auch der damaligen reformsozialen Minderheit, deren endgültiger Sieg sich im „Godesberger Programm" dokumentiert. Zu Recht warfen damals die Anhänger der Nelson-Schule den „Orthodoxen" ihr weltfremdes Gerede vor, wie früher einmal Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg — wenn auch ungleich qualifizierter — Kautsky ob seines Immobilismus angriffen.

Die „Alte Linke" sorgte dafür, daß Forderungen wie die nach Sozialisierung der Grundstoffindustrien oder realer Mitbestimmung der Arbeiterschaft bis in die fünfziger Jahre hinein immer

wieder erhoben wurden. Das Fehlen einer umfassenden, auf die Realität zielenden und detaillierten Programmatik beweist jedoch, daß die sozialistischen Forderungen der SPD deshalb überdauerten, weil sie zur Tradition gehörten, wie die rote Fahne und „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit". Die klassische Diskrepanz zwischen Grundsatz- und Aktionsprogrammen belegt diese Funktion, die sich auch seit Godesberg wieder nachweisen läßt.

Je mehr im Soge der Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus die Diffamierung aller gesellschaftlichen Alternativen als kommunistisch erleichtert wurde, desto weniger überzeugte die Art, in der die SPD ihre „Weltuntergangsvorschläge" unterbreitete, die Öffentlichkeit und die Partei selbst. Das Rückzugsgefecht der SPD, die voller berechtigter moralischer Empörung auf absichtliche Verdrehungen und Mißverständnisse verwies, mußte früher oder später in Selbstbezichtigung umschlagen. Das Abreißen jeglicher ernsthaften theoretischen Arbeit in der SPD, dessen Ursache sicher nicht zuletzt in der Ausblutung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus zu suchen ist, wirkte sich außerhalb und innerhalb der Partei aus.

Der Apparat war durch den Verlust theoretischer Anstrengung nicht mehr in der Lage, Forderungen aus einem begründeten Zusammenhang heraus zu vertreten. Die Verwechslung sozialdemokratischer Forderungen mit dem Marxismus wurde von einer Öffentlichkeit, die an einer Gleichschaltung der SPD berechtigtes Interesse hatte, dermaßen nachhaltig suggeriert, daß die Bürokratie zunehmend Zugeständnisse machen mußte, bis sie selbst von der Legende vom überholten Marxismus überzeugt war, dem noch Kurt Schumacher wenigstens attestiert hatte, er sei eine brauchbare Methode. Die Auseinandersetzung um den durch Kautsky gefilterten Marx betraf freilich kaum die breite Mitgliedschaft der Partei. So wie theoretische Arbeit überhaupt in der Partei kaum mehr betrieben wurde, hatte auch die Bildung der Mitgliedschaft, die Arbeiterbildung, ihre einstige Bedeutung eingebüßt. Die Verselbständigung des Apparates gegenüber der breiten Mitgliedschaft ist dabei so weit fortgeschritten, daß die Wandlungen des offiziellen Bildes der Partei beim „kleinen Genossen im flachen Lande" kaum realisiert worden sind. Traditionell sozialdemokratische Denkinhalte haben sich bei den älteren Parteimitgliedern, die die Mitgliedschaft gegenüber der „jungen Generation" nach wie vor entscheidend ausmachen, in erstaunlicher Frische ebenso gehalten, wie eine relativ stabiles demokratisches Bewußtsein. Wo überhaupt nach dem Kriege in der Mitgliedschaft der SPD noch sozialistische Vorstellungen herrschten, entsprachen sie der überkommenen kautskyanistischen Vorstellungswelt der Bürokratie.

Im alten sozialdemokratischen Bewußtsein waren „Theorie" und Praxis streng getrennt. Der Glaube an einen ehernen Automatismus des Geschichtsverlaufs, der dafür sorgen sollte, daß der Sozialismus mit einer durch nichts — geschweige denn durch die Sozialdemokratie — zu beeinflussenden Naturgesetzlichkeit einfach kam, ließ den Bruch zwischen Denken und Tun ungefährlich scheinen. Da der Sozialismus gewissermaßen als Geschenk des Himmels kam, konnte und brachte die Partei im Kaiserreich, in der Weimarer Republik oder irgendwann sonst, streng genommen ihr Tun nie zu verantworten. Parteiabspaltungen, die immer wieder, von der USPD bis zur SAP, den Immobilismus der SPD zu überwinden trachteten, bezeugen die spezifische Qualität der Partei, all das als unverdaulich von sich zu geben, was aktive sozialistische Politik gegen den Apparat durchsetzen wollte. Die lange Zeit hindurch mit „marxistischen" Sprüchen verbrämte Praxis des „Wartens aufs letzte Gefecht" war seltsamerweise eine wesentliche Voraussetzung für das Gedeihen und die ungebrochene Größe der Organisation: das Versprechen des Sozialismus brauchte nicht eingelöst werden. Der Widerspruch zwischen revolutionären Sprachregelungen und dem wachsenden Integrationsbewußtsein des Apparats konnte den theoretischen Verfall nicht lange überdauern. Gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Probleme wurden zunehmend nach den „Erfordernissen der Realität" gedeutet, man wollte „Realpolitik" treiben, mit anderen Worten, sich im status quo einrichten. Die bombastischen Reden, mit denen endlich zugegeben wurde, was die Praxis schon immer in gleicher Weise versucht hatte, bezeugen eine gewisse Hilflosigkeit, gepaart mit schlechtem Gewissen: das dumpfe Gefühl, man könne die Verhältnisse, in denen man sich einrichten wollte, vielleicht doch nicht ganz begriffen haben, regt sich noch hier und da, selbst heute noch.

Der Einfluß, den die Erfahrungen in den Stadt- und Länderparlamenten für das Gesellschaftsbild der heutigen Sozialdemokratie ausgeübt haben, ist beträchtlich. Zugespitzt ließe sich sagen, daß sich gesellschaftliche Probleme für einen Sozialdemokraten heute so darstellen, als seien sie kommunale, aber halt nur viel größer. Diese Kommunalisierung des Denkens hat eine Reihe von Wurzeln. Abgesehen von dem theorielosen Praktizismus spielt dabei eine Rolle,, daß die Machtergreifung der Kommunalpolitiker in der Parteibürokratie durch die einzig in Ländern und Kommunen erfolgreiche politische Praxis der Partei legitimiert ist. Dazu fügt sich, daß die Kommune für die sozialdemokratische Theorie nie ein echtes Problem darstellte und folglich niemals jemand argwöhnen konnte, es handle sich da um etwas anderes als wertfrei einfach um gute oder schlechte Verwaltungstätigkeit.

Dem Vormarsch der Kommunalpolitiker in der SPD entspricht eine Strukturwandlung der Partei, die bereits vor dem Kriege einsetzte. Die SPD wird zwar nach wie vor von der Mehrzahl der Arbeiter gewählt, die durch sie Arbeiterinteressen immer noch am ehesten vertreten sieht; der Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft geht jedoch unaufhörlich zurück, während der Anteil der kleinen Angestellten und Beamten wächst. Diese Tatsachen, die es längst nicht mehr zulassen, von der SPD als

einer Arbeiterpartei zu sprechen, drücken sich auch im Bewußtsein der Funktionäre aus. Die „Öffnung nach rechts" wurde von der SPD von einem bestimmten Zeitpunkt an deshalb so intensiv betrieben, weil man der Meinung war, eine SPD, die im Geruch stehe, eine Arbeiterpartei zu sein, könne in der BR nicht mehr als 30 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Das Beispiel der Weimarer Zeit zeigt, daß die Arbeiterparteien insgesamt stets mehr als 30 % der Stimmen erhielten. 1919 erhielt die SPD allein mit 37,9 % der Stimmen einen größeren Anteil als bei den Bundestagswahlen 1961, um dann freilich über 29,8 % nie mehr hinauszukommen. Der höchste Prozentsatz der Arbeiterparteien insgesamt betrug 1919 45 % (SPD, USPD), 1928 noch einmal 40,5 % (SPD, KPD). Geht man einmal davon aus, daß die SPD als Alleinerbin der früheren Arbeiterparteien mit der ostdeutschen Bevölkerung einen Teil ihres traditionellen Wählerstammes verloren hat, bleibt die Tatsache bestehen, daß nur etwas mehr als die Hälfte der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik SPD wählt. Etwa ¼ der Arbeiter wählt bürgerlich, ¼ überhaupt nicht. Daß viele Arbeiterfrauen im Gegensatz zu ihren Männern nicht die SPD wählen, entbehrt deshalb nicht einer gewissen Tragikomik, weil historisch die SPD entscheidenden Anteil an der Erkämpfung des Frauen-Wahlrechts hatte.

Unterstellt man einmal, ein entscheidender Anteil der Arbeitnehmerschaft, oder auch der abhängig Arbeitenden, wählte SPD, so müßte der Stimmenanteil der Partei mindestens bei 50 % liegen. Ihre „Regierungsfähigkeit" stünde damit außer Frage. Der Verlust jeglicher konsistenten politischen, bzw. gesellschaftlichen Theorie bewirkte jedoch höchst seltsame Formen politischer Werbearbeit. Die „Öffnung nach rechts" rekurrierte auf keinerlei konsistente Sozialforschung, die etwa gezeigt hätte, daß schichtungsspezifische Gemeinplätze keine Voraussetzung für Wahlerfolge sind. Objektiver Maßstäbe beraubt, mußte der Apparat der SPD spätestens seit 1957 annehmen, der Grund für die permanenten Wahlniederlagen sei in den sozialdemokratischen Forderungen zu vermuten, die folglich falsch und damit aufzugeben seien. Der Bruch zwischen dem „sozialdemokratischen" Gesellschaftsbild und dem realen Zustand der Gesellschaft wird hier offenkundig.

Es war ungeschriebenes Gesetz in der alten Sozialdemokratie, daß die Sozialwissenschaften und vor allem die Soziologie seit Kautskys Tagen nur Teufelsspuk produziert haben. Moderne Sozialforschung schien außer den Grundlagen zur Massenmanipulation nichts zu liefern, weshalb die Sozialdemokratie sie zu ignorieren hatte, deren aufklärerische Tradition sie zum Glauben an die Kraft des rationalen Arguments im Kampf um die Mehrheit verpflichtete. Der bohrende Zweifel an der Richtigkeit der politischen Vorstellungen der SPD wurde innerhalb und außerhalb der Partei geschürt. Öffentliche Meinung, Propaganda der politischen Kontrahenten, Wahlniederlagen, alles sprach für die Notwendigkeit einer Reform an Kopf und Gliedern. Die Schwäche der Alten Linken in der Partei, ihre Unsicherheit, drücken sich nicht nur in der Tatsache aus, daß seit Kriegende aktive Bildungs- und Aufklärungsarbeit in der Mitgliedschaft, geschweige denn in der Arbeiterschaft, kaum mehr betrieben wurden, sondern ebenso in der hoffnungslosen Provinzialität der Wahlkämpfe, die man führte. Die alte Linke war gebrochen und wurde schließlich an den Traditionen irre; nur ein kleines Häuflein blieb bei seinen Überzeugungen und verließ zu verschiedenen Zeitpunkten in den fünfziger Jahren die „verratene Partei", um durch Neugründungen der „alten, besseren SPD" der Notwendigkeit kritischer Besinnung erneut zu entgehen. Die fehlende Theorie der Gesellschaft wurde in neuer Form das entscheidende Erbe der siegreichen Reformsozialdemokraten und der geläuterten Alten Linken.

Der „Abwurf des Ballastes"—wozu Dahrendorf mit Recht sagte, die SPD habe Marx niemals an Bord gehabt—entsprach keinesfalls dem Sieg moderner Soziologie und Sozialforschung in der SPD. Hatten die Reformsozialisten früherer Zeiten Kant gegen Marx ins Feld geführt, so versuchten sie nach ihrem Sieg in der Partei vermittels der Integrationssoziologien den Anspruch objektiver Gesellschaftstheorie ad absurdum zu führen. Die „Theorie der nivellierten Mittelstandsgesellschaft", die Pluralismustheorie, erhalten spätestens in dem Augenblick ideologischen Charakter, wo sie die bestehende gesellschaftliche Realität zu erklären vorgeben. Die einer „begriffslosen Empirie" entstammenden Grundlagen dieser Konstruktionen erwiesen sich bei näherem Hinsehen als Ansammlung jener Art von Daten, die in den Vereinigten Staaten bereits 1939 mit der Frage „Knowledge for What?" als sinnlos gekennzeichnet wurden. Die weitgehende Provinzialität der deutschen Soziologie verhalf der Sozialdemokratie bei ihrer Suche nach neuen Ufern zu einem Begriff der Sozialforschung und der Gesellschaft, der eben jenen Bruch zwischen Realität und Begriff in neuem Gewande wieder herstellte, den man glücklich für überwunden hielt. Die hoffnungslose Vermengung von methodisch unzureichender Meinungs- und Motivforschung und bloßer besserwisserischer Meinung, die den letzten Wahlkampf der SPD auszeichnete, beweist, welche Tendenzen die heutige Parteibürokratie bestimmen: jene autoritären Versuche der Manipulation von Mitgliedern und Wählern zeigen, wie weit die autoritären Tendenzen, die wir weiter oben in der Bundesrepublik nachwiesen, bereits in die SPD hineingewirkt haben.

Der Slogan „Nichts anders, nur besser", kann beim Wort genommen, durchaus auch bedeuten: „Bessere Atombewaffnung, als die jetzige Bundesregierung sie euch geben will." Der Verzicht auf innen- und außenpolitische Alternativen gegenüber der Regierungspartei, der sich hinter Sprüchen dieser Art verbirgt, beruht auf der Annahme, Meinungsforschung könne ein Ersatz für Gesellschaftstheorie sein, bzw. Aufschluß über Richtigkeit oder Falschheit politischer Ziele geben. Die simple Einsicht, daß Manipulation im Sinne des Bestehenden von den Herrschenden allemal — und nicht nur aus materiellen Gründen — wirkungsvoller betrieben wird, war dem SPD-Apparat in dieser

Phase nicht mehr möglich. Der Stimmenzuwachs, den die SPD bei den letzten Bundestagswahlen erzielte, wurde als Erfolg des „Neuen Stils" gefeiert. Der Wahlkampf wurde — allen werbepsychologischen Erfahrungen zuwider — so geführt, daß man den Markenartikel Nr. 2 „SPD" dadurch auf den ersten Platz hieven wollte, daß man ihn an den Markenartikel Nr. 1 „CDU/CSU" „anhängte". Dieses Verfahren verstärkt aber die Position des Artikels Nr. 1, da sich für ihn die Werbung gewissermaßen verdoppelt. Das starke Schwanken der Popularitätskurve, das sich einige Wochen nach dem 13. August wieder zugunsten der CDU ausgewirkt hatte, beweist jedoch, was sich tatsächlich vollzogen hatte. Die auf „Regierungsfähigkeit" gerichtete Kampagne war derartig aufgezogen, daß der Wähler tatsächlich in bestimmten Phasen in der SPD die bessere CDU zu sehen glaubte. Die im Bewußtsein der „weichen" Wähler unmittelbar nach dem 13. August hergestellte Austauschbarkeit von CDU und SPD stand jedoch auf schwachen Füßen, wirkte sie sich doch nur solange zugunsten der SPD aus, als dem Wähler die CDU nicht entschieden genug auftrat. Die verbale Forschheit der SPD trug ihr seitens der CDU den Vorwurf der Kriegshetze ein, und Adenauer konnte mit Erfolg darauf verweisen, durch größere Weitsicht den Ausbruch eines Krieges verhindert zu haben. Die einst antimilitaristische SPD erwies sich im entscheidenden Augenblick als die schlechtere CDU, weil sie die CDU rechts überholten wollte.

Stellt man in Rechnung, daß vorübergehender Populatritätsgewinn nach dem 13. August nicht vorauszusehen war, wird deutlich, daß der SPD-Feldzug auf lange Sicht falsch angelegt war. Seine Zielrichtung konnte keine treuen Wähler werben, sondern allenfalls zufällige. Nicht sozialdemokratische Forderungen brachten Stimmen, sondern eine gewisse Unzufriedenheit mit der CDU/CSU wirkte sich zugunsten der SPD aus, die einige davon überzeugen konnte, daß sie „nichts anders, sondern nur besser machen" würde. Die beiden wesentlichen Grundzüge des SPD-Wahlkampfes zeigen, was sich im Gegensatz zu früheren Zeiten gewandelt hatte: wo noch 1957 versucht wurde, durch „vernünftige Argumentation" zu überzeugen, wurde 1961 versucht, zu übertölpeln; wo einmal gefährliche Entwicklungen der Bundesrepublik beim Namen genannt wurden, versuchte man 1961 zu verschleiern.

Der nach außen hin veränderte Charakter der SPD, der durch das Schwinden klarer Alternativen zugunsten manipulatorischer Markenartikelwerbung gekennzeichnet ist, entspricht Vorgängen innerhalb der Partei, die keinesfalls aus ihr allein zu erklären sind. Die Verselbständigung der Bürokratie gegenüber der Mitgliedschaft, die wachsende Formalisierung der innerparteilichen Demokratie, die Manipulation politischer Willensbildung von oben, die eindeutige Majorisierung der breiten Mitgliedschaft durch die Parlamentsfraktionen hängt mit den Prozessen zusammen, die weiter oben für die Gesellschaft insgesamt nachgewiesen wurden. Die Funktionsweise der bundesrepublikanischen Demokratie mit ihrer Tendenz, auf allen Ebenen der Anonymisierung der Herrschaft Vorschub zu leisten, zwingt den Parteien den Charakter halb-öffentlicher Institutionen auf, deren wesentliche Aufgabe darin besteht, Mandatsträger zu vermitteln. Die Verselbständigung der Fraktionen und die Umkehrung der Loyalität gegenüber den Parteien ist durch den konkreten Prozeß der legislativen und exekutiven Praxis vermittelt, die zunehmend durch die verschlossenen Türen gekennzeichnet ist, hinter denen er sich vollzieht. Die Mechanismen des Fraktionszwangs, der Ressortierung der politischen Tätigkeiten, des „Geheimnis-Träger-Prinzips", sind mehr als Begleiterscheinungen politischer Praxis, sie erzwingen über kurz oder lang einen Konflikt zwischen der Loyalität gegenüber dem Staatsapparat, in den der Parlamentarier integriert ist, und der Loyalität gegenüber der Partei, die ihn auf dem Umweg über das Wählervotum delegiert. Dieser Konflikt wird nur ausgetragen, wo innerparteilich Demokratie eine Rolle spielt, wo die Konstruktion der Partei nicht von vornherein eindeutig auf die Vermittlung von Mandatsträgern ausgerichtet ist. Er hat sich bei der SPD zugunsten des bestehenden Systems gelöst, womit gesagt werden soll, daß die Identifikation mit dem Bestehenden über das im Grundgesetz festgelegte Normensystem weit hinausgehend eine Fülle von geschaffenen Tatsachen einbegreift, die einst erbittert von der Partei bekämpft wurden.

Die Entfremdung zwischen den hochspezialisierten Sachwaltern der parlamentarischen Apparaturen und den demokratischen Pendants ist dort nicht aufzuhalten, wo der Verzicht auf objektive Analyse unter anderem die Anerkennung der system-diktierten Reduktion der Parteien auf bloße Wahlmaschinen beinhaltet, andererseits aus traditionellen Gründen der breiten Mitgliedschaft dieser Wandel nicht ins Bewußtsein dringt. Die Parteiwirklichkeit der SPD hinkt hinter dem objektiven Funktionswandel her. Der alte Parteiaufbau von den Distrikten hinauf bis zum Parteivorstand verleiht der SPD auch heute noch etwas von jenem früheren Charakter, Heimat derer zu sein, denen die bestehende Gesellschaft keine ist. Ebenso wie dieser Charakter der Partei unaufhaltsam verlorengeht, trocknet das Klima langsam aus, das früher, sozusagen von selbst, ein zutiefst soziales und demokratische Bewußtsein der Mitgliedschaft erzeugte. Die Pläne der Parteispitze, eine Neugliederung der Partei nach berufsständischen Gesichtspunkten durchzusetzen, hebt die bisherige Funktion der Ortsvereine und Distrikte auf. Ihre Bedeutung für die innerparteiliche Demokratie und die Willensbildung der Partei ist zwar schon heute weitgehend außer Kraft gesetzt, die endgültige Verlagerung der innerparteilichen Schwerpunkte in berufsständische Arbeitsgemeinschaften wird die Distrikte und Ortsvereine auf die Ebene bloßer Vereinsmeierei herabdrücken. Ein Beispiel für diese Ausschaltung innerparteilicher Demokratie ist das Zustandekommen des Regierungsprogramms 1961. Die geplante Neugliederung nach ständischen Gesichtspunkten entspricht der klassenneutralen und schichtgebundenen Vorstellung von der Gesellschaft. Die Neugliederung der „innerparteilichen Demokratie" von oben ist unter diesen Gesichtspunkten ein weiterer Schritt zu ihrer Aufhebung. (Schluß folgt)

Sozialistisches im Werk Kafkas

Konrad Blumenstock

Ein Hinweis

Durch die Veröffentlichung von Gustav Janouchs „Gesprächen mit Kafka" und Klaus Wagenbachs biographischer Studie wurde Kafkas Nähe zu anarchistisch-sozialistischen Strömungen seiner Zeit so sehr zu einer offenkundigen Tatsache, daß ein berufener Interpret sich genötigt sah, zu warnen vor einem „Kafka mit roter Nelke"; nicht gesellschaftliche Aspekte könnten für die Interpretation entscheidend sein, vielmehr müsse das Werk verstanden werden als ein Versuch, die Geheimschrift des Seins zu entziffern. Es scheint an der Zeit demgegenüber, ohne letzte Fragen lösen zu wollen, daran festzuhalten, daß es Entscheidendes bei Kafka gibt, das nur aus dem Gesamtzusammenhang des politischen Denkens und Handelns seiner Zeit verstanden werden kann. Schon Th. W. Adorno hat in seinem großen Kafka-Essay diesen Sachverhalt benannt: „Sein Werk hat den Ton des Ultralinken: wer es aufs allgemein Menschliche nivelliert, verfälscht ihn bereits konformistisch" (Prismen, S. 327). Nachdrücklich betont er Kafkas Teilhabe an der expressionistischen Bewegung. Die Querverbindung dieser Richtung kann man sich drastisch vor Augen führen, indem man z. B. die Jahrgänge der Zeitschrift „Die Aktion" durchblättert, auch die späteren aus der Zeit des ersten Weltkriegs (im gleichen Verlag erschienen die ersten Lenin-Übersetzungen). Den positivistischen Revolutionsglauben des Herausgebers Franz Pfemfert dürfte Kafka nicht geteilt haben; eher vielleicht die skeptischen Auffassungen Franz Bleis, die im gleichen Blatt zu Wort kamen. In den Tagebüchern und Briefen Kafkas fehlen direkte Äußerungen zu politischen Fragen beinahe ganz; die Gespräche mit Gustav Janouch bilden in dieser Hinsicht eine Ausnahme, die durch die vorwiegenden Interessen des Gesprächspartners erklärt wird. Wer aber Kafka als politischen Menschen kennenlernen will, muß sich auf die geformten Texte einlassen, die sich aber erst eingehender Betrachtung erschließen. Dieser Widerspruch zwischen dem nur latent politischen Privatmann und dem, wie uns scheint, eminent politischen Künstler findet seinen gesellschaftlichen Grund darin, daß seit dem Abschluß der revolutionären Bewegung des Bürgertums die Situation politischen Denkens prekär wurde. Bürgerliches politisches Denken lebte von der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den Feudalismus, nach dem Abbruch der revolutionären Bewegung des Bürgertums muß die Theorie selbst erst die Gemeinsamkeit herstellen. Fanden die bürgerlichen Vorläufer Gemeinsamkeit an dem Bekämpften als selbstverständlich vor, so fehlten den sozialistischen Erben die jedermann sichtbaren Gegner. Jetzt mußte ein System bekämpft werden, das man ohne theoretische Voraussetzungen gar nicht benennen konnte; daher stammt die Neigung sozialistischer Propaganda zu unkorrekten Personifikationen (Kafka spricht darüber an einer aufschlußreichen Stelle: vgl. Gustav Janouch, „Gespräche mit Kafka", Fischer-Bücherei 417, S. 101—102). Ohne Marxismus wäre die alte Sozialdemokratie in ihrer Geschlossenheit nicht denkbar gewesen; der radikale politische Impuls ist jedoch an der gleichen Organisation, die er stiftete, auch wieder gestrandet, ohne daß dies seine grundlegenden Einsichten hätte widerlegen können. Diese Grunderkenntnisse ziehen sich nun bei Kafka zurück aus dem Bereich unmittelbarer Kommunikation, in dem sie verzweifelte Phrase geworden waren, in den Bereich literarischer Hermetik. In der stillschweigenden Absage an den steckengebliebenen Omnibus der Revolution versucht er deren aktuellen Gehalt zu retten.

Die Form, in der Kafka der Ausbruch aus der Verschlossenheit des Ichs in allgemein Bedeutendes gelingt, ist die Allegorie. Das psychische Material, in dem an sich schon Gesellschaftliches sich drohend meldet, wird von Kafka nicht interpretiert, sondern dessen Darstellung gerinnt ihm unter der Hand zu der von Allgemeinem. Ein Beispiel: In den Tagebüchern (1911, S. 128) wird folgende Phantasie notiert:

> „Sehe ich eine Wurst, die ein Zettel als eine alte Hartwurst anzeigt, beiße ich in meiner Einbildung mit ganzem Gebiß hinein und schlucke rasch, **regelmäßig und rücksichtslos, wie eine Maschine.**"

Dies wird in dem Prosastück „Schakale und Araber" zu einem Baustein allegorischer Gestaltung. Das ganze Stück ist zu verstehen als eine erschreckende Darstellung der haßerfüllten Partnerschaft zwischen der Arbeiterschaft und ihren Brot- und Arbeitgebern. Die Schakale (bei denen man an die Industriearbeiterschaft zu denken hat) fressen Kadaver, die ihnen von den nur halbzivilisierten, aber aristokratischen Arabern (d. h. den Industrieherren) vorgeworfen werden:

> „Schon hing einer am Hals und fand mit dem ersten Biß die Schlagader. **Wie eine kleine rasende Pumpe,** die ebenso unbedingt wie aussichtslos einen übermächtigen Brand löschen will, zerrte und zuckte jede Muskel seines Körpers an ihrem Platz. Und schon lagen alle in gleicher Arbeit auf dem Leichnam hoch zu Berg."

Aus eigenen Freßphantasien wird die Darstellung des modernen Konsumptions- und Produktionsprozesses, der — Zeichen nicht geringer Einsicht — in einem Bild zusammengefaßt wird. Oder: Ein Vater betrachtet seine Söhne; das intrafamiliäre Spektakel wird in „Elf Söhne" zur geschichtsphilosophischen Allegorie; die Familie wird zur Menschheitsfamilie, die letztlich zu überwinden wäre.

Eine Gruppe von Erzählungen lebt aus der Angstvorstellung eines Weges, dessen Ende menschlichen Kräften nicht erreichbar ist. In dem wichtigen Text „Von den Gleichnissen" bekommt das Bild eine neue Bedeutung:

> „Viele beklagen sich, daß die Worte der Weisen immer wieder nur Gleichnisse seien, aber unverwendbar im täglichen Leben, und nur dieses allein haben wir. Wenn der Weise sagt: ‚Gehe hinüber', so meint er nicht, daß man auf die andere Seite hinübergehen solle, was man immerhin noch leisten könne, wenn das Ergebnis des Weges wert wäre, sondern er meint irgendein sagenhaftes Drüben, etwas das wir nicht kennen, das auch von ihm nicht näher zu bezeichnen ist und das also hier gar nichts helfen kann."

Wird hier nicht zugleich angespielt auf die Problematik der sozialistischen Theorie? Es genügt nicht, daß man den Weg zur anderen Seite geht (vgl. Janouch a.a.O.), sondern das Ziel ist ein sagenhaftes Drüben: der Sozialismus. Die respektvolle Kritik am „wissenschaftlichen Sozialismus" und seiner abstrakten Utopie läßt offen, bei wem das Recht liegt, beim Alltag oder bei der nicht erfüllbaren Theorie. Eine ähnliche Metaphorik verwendete Eduard Bernstein in seinem Angriff auf die Orthodoxie: „Die Bewegung ist mir alles, — das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, nichts." Später heißt es:

> „Ich habe zu keiner Zeit ein über allgemeine Grundsätze hinausgehendes Interesse an der Zukunft gehabt, noch kein Zukunftsgemälde zu Ende lesen können. Den Aufgaben der Gegenwart und nächsten Zukunft gilt mein Sinnen und Trachten, und nur soweit sie mir die Richtschnur für das zweckmäßigste Handeln in dieser Hinsicht geben, beschäftigen mich die darüber hinausgehenden Perspektiven" (E. Bernstein, Stuttgarter Parteitag).

Während Bernstein aufbegehrt gegen das mythologische Moment einer nicht mehr verstandenen Theorie, gelingt es Kafka, dem, was nicht eingeholt wurde, Recht widerfahren zu lassen. Der Schluß seiner Parabel lautet so:

> „Darauf sagte einer: ‚Warum wehrt ihr euch? Würdet ihr den Gleichnissen folgen, dann wäret ihr selbst Gleichnisse geworden und damit schon der täglichen Mühe frei.'
> Ein anderer sagte: ‚Ich wette, daß auch das ein Gleichnis.'
> Der erste sagte: ‚Du hast gewonnen.'
> Der zweite sagte: ‚Aber leider nur im Gleichnis.'
> Der erste sagte: ‚Du hast gewonnen.'
> Der zweite sagte: ‚Aber leider nur im Gleichnis.'
> Der erste sagte: ‚Nein, in Wirklichkeit; im Gleichnis hast du verloren.'

(Kafkas Interesse auch für revisionistische Strömungen in der Sozialdemokratie ist bezeugt; er empfahl gelegentlich die „Memoiren einer Sozialistin" von Lilly Braun; die hier gegebene Erklärung der Weg-Metaphorik wird bestätigt durch ein Fragment in „Hochzeitsvorbereitungen" S. 387—388.)

Das Problem dessen, was man neuerdings den „institutionellen Marxismus" nennt, die Verfilzung von bürokratischer Praxis und Marxismus als Integrationsideologie, wird zum Gegenstand in einem Fragment, das in dem Band „Hochzeitsvorbereitungen" (S. 65—66) abgedruckt ist. Die Utopie des Sozialismus wird hier eingeführt als das „achte Weltwunder":

> „Die geschriebene und überlieferte Weltgeschichte versagt oft vollständig, das menschliche Ahnungsvermögen aber führt oft irre, verläßt einen nicht. So ist zum Beispiel die Überlieferung von den sieben Weltwundern immer von dem Gerücht umgeben gewesen, daß noch ein achtes Weltwunder bestanden habe, und es wurden auch über dieses achte Wunder verschiedene einander vielleicht widersprechende Mitteilungen gemacht, deren Unsicherheit man durch das Dunkel der alten Zeiten erklärte."

In dem darauf folgendem Fragment wird aus dem einzelnen, der sich auf einem Weg, dessen Ende nicht abzusehen ist, befindet, eine Reisegesellschaft, angeführt von einem europäisch gekleideten Araber", der für sein Reisebüro Reklame macht:

> „Sie werden, meine Damen und Herren, so etwa lautete die Ansprache des europäisch gekleideten Arabers an die Reisegesellschaft, welche kaum zuhörte, sondern förmlich geduckt das unglaubliche Bauwerk, das sich vor ihnen auf kahlem Steinboden erhob, betrachtete, Sie werden an dieser Stelle gewiß zugeben, daß meine Firma alle anderen Reiseagenturen, selbst die mit Recht altberühmten, bei weitem übertrifft. Während diese Konkurrenten nach alter billiger Gewohnheit ihre Klienten nur zu den sieben Weltwundern der Geschichtsbücher führen, zeigt unsere Firma das achte Weltwunder."

Auch in älterer sozialdemokratischer Literatur wird die „Überlegenheit des Marxismus" nicht selten gefeiert. Der fragwürdige Organisator ist nur halb zivilisiert; ein barbarisch-herrschaftliches Moment bekommt hier europäische Tarnung (in „Araber und Schakale" wird der industrielle Arbeitgeber als Araber dargestellt, der in seiner Urheimat, der Wüste, natürlich ohne europäische Kleidung auskommt). Die beißende Kritik ist leicht verständlich; unter diesen Text hat Kafka den Vermerk „Nein, nein" geschrieben, und bringt dann eine neue, differenziertere Darstellung des Problems.

Ein anderer Aspekt der sozialdemokratischen Problematik wird berührt in der Erzählung „Der Dorfschullehrer (Der Riesenmaulwurf)". Wer sich mit dem Leben und den Schriften von Marx und Engels befaßt, stößt dabei auf einige befremdende Züge

gerade auch im Verhältnis zu denjenigen, die Mitkämpfer oder potentielle Anhänger waren: immer wieder wiederholt sich der Vorwurf des Plagiats, trotz schärfster Frontstellung gegen die bürgerliche Wissenschaft hält Marx einmal die Diskussion mit einem Dilettanten für „wenig ehrenvoll". Dies alles widerspricht allerdings kaum den Sitten der damaligen Gelehrtenrepublik. Auch das bekannte Mißtrauen gegen sich anbiedernde Außenseiter dürfte gelegentlich nur allzu begründet gewesen sein. Wenn man diese Sachverhalte kennt, wird das Stück leicht verständlich. Im Bild des Dorfschullehrers ist der Marxismus erfaßt als kämpferische Aufklärung, die sich an verzweifelter Stelle behauptet, sich nur dort noch behaupten kann; der kämpferische Vorbote höherer Kultur kämpft an einem Ort, den die ökonomische Entwicklung schon zum Untergang verurteilt hat, anderswo aber ist kämpferische Aufklärung schon nicht mehr möglich. Der Riesenmaulwurf ist Bild für die Tatsache, daß es ein stetig wachsendes Proletariat gibt, und für all das, was daraus folgt. Grundsätzlich wird die Tatsache des Riesenmaulwurfs zwar anerkannt; inzwischen ist sie aber schon lange wieder in Vergessenheit geraten

> „infolge einer unbegreiflichen Nachlässigkeit jener Kreise, die sich darum hätten kümmern sollen und die sich tatsächlich angestrengt um viel geringfügigere Dinge kümmern . . .".

Die merkwürdige Erscheinung wird nicht durch die zuständigen Behörden bekannt, sondern durch Neugierige und besonders durch

> „einzelne ganz einfache Leute, Leute, deren gewöhnliche Tagesarbeit ihnen kaum ein ruhiges Aufatmen gestattete, hätten nicht diese Leute uneigennützig sich der Sache angenommen, das Gerücht von der Erscheinung wäre kaum über den nächsten Umkreis hinausgekommen."

Die Wissenschaft läßt sich von den Entdeckungen des Schullehrers weiter nicht imponieren:

> „‚Die Erde ist doch in ihrer Gegend besonders schwarz und schwer. Nun, sie gibt deshalb auch den Maulwürfen besonders fette Nahrung und sie werden ungewöhnlich groß.' ‚Aber so groß doch nicht', rief der Schulmeister und maß, in seiner Wut ein wenig übertreibend, zwei Meter an der Wand ab. ‚O doch', antwortete der Gelehrte, dem das Ganze offenbar sehr spaßhaft vorkam."

Die Ich-Figur, ein Kaufmann, nimmt die noble Aufgabe auf sich, für den Dorfschullehrer und seine Sache einzutreten, erlebt dabei aber wenig Erfreuliches; erst wird er des Plagiats verdächtigt, dann unlauterer Nebenabsichten:

> „Wenn mir wirklich nur daran lag, seine Schrift zu verbreiten, warum befaßte ich mich nicht ausschließlich mit ihm und seiner Schrift, warum zeigte ich nicht ihre Vorzüge, ihre Unwiderlegbarkeit, warum beschränkte ich mich nicht darauf, die Bedeutung der Entdeckung hervorzuheben und begreiflich zu machen, warum drängte ich mich vielmehr unter vollständiger Vernachlässigung der Schrift in die Entdeckung selbst. War sie nicht etwa schon getan? Blieb etwa in dieser Hinsicht noch etwas zu tun übrig? Wenn ich aber wirklich glaubte, die Entdeckung noch einmal machen zu müssen, warum sagte ich mich dann in der Einleitung von der Entdeckung so feierlich los? . . ."

Unnachsichtigkeit gegenüber wirklichen oder vermeintlichen Plagiaten war für Marx charakteristisch; mangelnde Schrifttreue ist mehr ein Vorwurf, den die nachmarxsche Orthodoxie zu machen beliebte. Innerhalb der weiteren Öffentlichkeit war allerdings dem Revisionismus ebenso wenig Erfolg beschieden, wie der Orthodoxie; das Mißtrauen der Öffentlichkeit gegen alles, was mit dem Riesenmaulwurf zusammenhängt, ist zur stereotypen Gewohnheit geworden, der gegenüber die Richtungsunterschiede kaum ins Gewicht fallen:

> „Jene, die sich überhaupt über meine Schrift Gedanken machten, sagten sich mit einer Trostlosigkeit, die schon vor Jahren diese Diskussion beherrscht hatte, daß nun wohl wieder die nutzlosen Anstrengungen für diese öde Sache beginnen sollen, und manche verwechselten sogar meine Schrift mit der des Lehrers. In einer führenden landwirtschaftlichen Zeitschrift fand sich folgende Bemerkung, glücklicherweise nur zum Schluß und klein gedruckt: ‚Die Schrift über den Riesenmaulwurf ist uns wieder zugeschickt worden. Wir erinnern uns, schon einmal vor Jahren über sie gelacht zu haben. Sie ist seitdem nicht klüger geworden und wir nicht dümmer. Bloß lachen können wir nicht zum zweiten Mal. Dagegen fragen wir unsere Lehrervereinigungen, ob ein Dorfschullehrer nicht nützlichere Arbeit finden kann, als Riesenmaulwürfen nachzujagen.' Eine unverzeihliche Verwechslung! Man hatte weder die erste, noch die zweite Schrift gelesen, und die zwei armseligen in der Eile aufgeschnappten Worte ‚Riesenmaulwurf' und ‚Dorschullehrer' genügten schon den Herren, um sich als Vertreter anerkannter Interessen in Szene zu setzen."

Alle revisionistischen Illusionen werden durchgenommen: der Dorfschulmeister soll zum Museumsstück gemacht werden, seine Entdeckung in den großen Strom der wissenschaftlichen Entwicklung eingehen; ein Motiv Max Webers wird gleichzeitig parodiert:

> „‚. . . Und man wäre vielleicht gegen Euch gar nicht undankbar gewesen, man hätte etwa über der Stelle, wo die Entdeckung gemacht worden ist, ein kleines Museum bauen lassen, es wäre eine Sehenswürdigkeit des Dorfes geworden, Ihr wäret der Schlüsselbewahrer gewesen und, um es auch an äußeren Ehrenzeichen nicht fehlen zu lassen, hätte man Euch eine kleine, an der Brust zu tragende Medaille verliehen, wie sie die Diener der wissenschaftlichen Institute zu tragen pflegen. Das alles wäre möglich gewesen;

war es aber das, was Ihr wolltet?' Ohne sich mit einer Antwort aufzuhalten, wandte er ganz richtig ein: ‚Und das suchtet Ihr also für mich zu erreichen?'

‚Vielleicht', sagte ich, ‚ich habe damals nicht so sehr aus Überlegungen gehandelt, als daß ich Euch jetzt bestimmt antworten könnte. Ich wollte Euch helfen, es ist aber mißlungen und ist sogar das Mißlungenste, was ich jemals getan habe. Darum will ich jetzt davon zurücktreten und es ungeschehen machen, soweit meine Kräfte reichen.'"

Die Trennung gelingt jedoch nicht; der alte Dorfschullehrer bleibt ungebeten dasitzen:

„Wenn man den kleinen zähen Alten von rückwärts ansah, wie er an meinem Tische saß, konnte man glauben, es werde überhaupt nicht möglich sein, ihn aus dem Zimmer hinaus zu befördern."

Rationale Erkenntnis bleibt die unausweichliche Aufgabe, der gerecht zu werden nur dem gelingen könnte, der auch vor dem Weg durch inurbane Idiosynkrasie nicht zurückschreckt.

In der Parabel „Das Stadtwappen" behandelt Kafka in biblischem Gewand die Problematik der Zweiten Internationale. Alle Eigenheiten und Schwächen sozialdemokratischer Bewegung werden dargestellt, ungefähr in chronologischer Reihenfolge: a) die Tendenz zur Überorganisation, b) die unerbittliche Bekämpfung einer Theorie, deren Zusammenhang mit der Tagespraxis nicht verstanden wurde; c) die naive Gleichsetzung von moralischem und technischem Fortschritt; d) der damit zusammenhängende Verfall der revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft, der dazu führte, daß die Arbeiterschaft der einzelnen Länder zeitweilig zu Nutznießern des Kolonialismus und des internationalen Wettrüstens wurde und so leichter in den Weltkrieg gehetzt werden konnte; e) letztlich die faktische Aufgabe des sozialistischen Gedankens, als dessen Restbestand gewisse unklare Vorstellungen von Solidarität übrigbleiben, durch die die Organisationen in klebriger Weise den theoretischen Selbstmord überleben:

„Dazu kam, daß schon die zweite oder dritte Generation die Sinnlosigkeit des Himmelturmbaus erkannte, doch war man schon viel zu sehr miteinander verbunden, um die Stadt zu verlassen".

Unvermittelt folgt der Schlußsatz:

„Alles was in dieser Stadt an Sagen und Liedern entstanden ist, ist erfüllt von der Sehnsucht nach einem prophezeiten Tag, an welchem die Stadt von einer Riesenfaust in fünf kurz aufeinanderfolgenden Schlägen zerschmettert werden wird. Deshalb hat auch die Stadt die Faust im Wappen."

Der Turmbau ist aufgegeben, die städtische Kultur Westeuropas — ohne die Impulse des Sozialismus nicht denkbar — bleibt als fragwürdig gewordenes Nebenprodukt zurück. Die verratene Hoffnung rettete sich in den kulturellen Bereich, wo sie apokalyptisch drohende Form annimmt. Das Zeichen des Stadtwappens ist nicht etwa ein Schwert, oder ein anderes kulturgeladenes Instrument der Gewalt, sondern die nackte Faust. Die beiden Funktionen der Faust differenzierten sich im Lauf der Geschichte, Kunstfertigkeit und Kampfsucht steigerten sich. Für Kafka, der einmal von sich schrieb: „Was ich berühre, zerfällt", reduzieren sich Vergangenheit und Gegenwart auf das eine Element der Gewalt.

Erschreckender noch hat Kafka das Problem der nicht eingelösten radikalen Hoffnung formuliert in einem Fragment aus dem Band „Hochzeitsvorbereitungen" (S. 127):

„Alles fügte sich zum Bau. Fremde Arbeiter brachten die Marmorsteine, zubehauen und zueinander gehörig. Nach den abmessenden Bewegungen seiner Finger hoben sich die Steine und verschoben sich. Kein Bau entstand jemals so leicht wie dieser Tempel oder vielmehr dieser Tempel entstand nach wahrer Tempelart. Nur, daß auf jedem Stein — aus welchem Bruche stammten sie? — unbeholfenes Gekritzel sinnloser Hände oder vielmehr Eintragungen barbarischer Gebirgsbewohner zum Ärger oder zur Schändung oder zu völliger Zerstörung mit offenbar großartig scharfen Instrumenten für eine den Tempel überdauernde Ewigkeit eingeritzt waren."

Die radikalen Impulse, die bei der Entstehung der großen religiösen und philosophischen Bewegungen und nicht zuletzt beim Sozialismus Pate standen, erweisen sich, da sie unversöhnt blieben, langlebiger als diese. Dabei besteht die Gefahr, daß sie, da man sie nicht mündig werden ließ, in Barbarei umschlagen.
Viele Texte Kafkas sind nur zu verstehen, wenn man bedenkt, daß ihm welthistorische Perspektiven vor Augen standen, die er den heute wenig beliebten evolutionistischen Theorien des 19. Jahrhunderts verdankt. Auch darin steht er dem wissenschaftlichen Sozialismus nahe, der versuchte, durch Rückgriff auf die entwicklungsgeschichtlichen Theorien von Bachofen, Morgan und Darwin zu einer eigenen, revolutionären Ansicht von der Geschichte zu kommen (vgl. vor allem die Schrift von F. Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats"). Vieles von Kafka kann verstanden werden als ein Versuch, die Radikalität dieses heute weithin verdrängten Ansatzes sich neu vor Augen zu stellen, ja ihn überhaupt erst in seiner schmerzhaften Bedeutung zu erfassen. So kann man den Roman „Der Prozeß" nur verstehen, wenn man ihn liest als eine durchgeführte Allegorie des immer wieder scheiternden geschichtlichen „Prozesses". Konrad Blumenstock

Literatur:
Th. W. Adorno: Prismen. Berlin u. Ffm. 1955. S. 302—342.
W. Benjamin: Schriften, Band 2, Ffm. 1955. S. 196—228.
Klaus Wagenbach: Franz Kafka. Eine Biographie seiner Jugend. Bern 1958.
Bibliographie bei W. Emrich: Franz Kafka, Bonn 1958.

Von der Utopie des Lächelns

über Jaroslav Hasek

Wolfgang Vogel

Wenn's alle Menschen mit den anderen Menschen gut meinen möchten, tät bald einer den anderen erschlagen. Jaroslav Hasek

I

Wir pflegen die Güte einer Provokation an der Deutlichkeit ihrer Formulierung zu messen, respektive die Deutlichkeit der Provokation an der Güte der Formulierung zu spüren. Sprache begreift sich als Vehikel, das Ideen vermittelt. Und dies Vehikel ist ,obgleich die Grenze zwischen Autor und Werk, Realität und Phantasie, Wirklichem und Gedachtem im Bereich des Unsicheren liegt, fließend und selten genau auszumachen, die einzige Möglichkeit, im Geschriebenen den Schreiber und am Schreiber das Geschriebene zu analysieren.

II

Wir wissen wenig über das Leben des tschechischen Volksdichters Jaroslav Hasek. Äußere Daten sind selten, spärlich die Mitteilungen der Freunde. Ordnen wir diese Zeichen, so entfaltet sich vor uns eine Biographie von skurriler Komik, faszinierend in ihrem Lachen und ihrer Trauer, das Lebensbild eines Mannes, der als satirischer Revolutionär in die Literaturgeschichte einging und als revolutionärer Satiriker den Protagonisten auf der revolutionären Bühne zu unbequem wurde.

Jaroslav Hasek wird am 30. April 1883 als Sohn eines Prager Realschullehrers geboren. Sein Vater stirbt, als der Junge dreizehn Jahre alt ist. Hasek nimmt eine Lehrstelle bei einem Drogisten an, besucht danach die Prager Handelsakademie, beginnt zu schreiben, ohne große Erfolge, finanzielle Erfolge, und tritt nach Absolvierung der Akademie eine Stelle bei einer Versicherungsgesellschaft an, die ihn bald wegen zu unsteter Arbeit entläßt.

Der Einundzwanzigjährige widmet sich nun endgültig dem Schreiben, und der Politik, ein Entschluß, der ihm mehr Hunger als Brot einbringen sollte.

III

Die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie zeichnet zu jener Zeit schon der Verfall. Die gesellschaftliche Realität setzt an, die gesellschaftliche Fiktion dieses Staates zu zerstören: die Millionen, die zugunsten einer kleinen, privilegierten Kaste ein un-menschliches Leben führen, beginnen sich der Un-Menschlichkeit ihrer Existenz bewußt zu werden. Sie organisieren sich in sozialistischen und sozialistisch-anarchischen Zirkeln, Clubs und Parteien.

Hasek schließt sich in Prag einer sozialistischen Gruppe anarchistischer Prägung an, die mit Verve die Loslösung der Tschechei vom österreichisch-ungarischen Staatengebilde betreibt, und übernimm die Redaktion ihrer Zeitschrift KOMUNA. Seinen Lebensunterhalt verdient er in jenen Tagen durch die Veröffentlichung einer Vielzahl von Geschichten in einer Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften.

Seine Geschichten sind in einem doppelten Sinne Reflektoren der gesellschaftlichen Umwälzungen, die sich unter Mühen vollziehen. Das Handeln seiner Figuren scheint zuerst im planen Gelände des Oberflächlichen lächerliche und groteske Alltagsereignisse zu evozieren, um dem Autor die Möglichkeit zu geben, all seine Fabulierkunst auszuspielen. Derartige Oberflächlichkeit wendet sich an das korrumpierte Interesse des oberflächlichen Lesers, um ihn ganz sanft, mit einem Lächeln, ihn, der noch im Gelächter befangen, auf eine zweite Ebene zu stoßen, die ebenfalls plan und überschaubar ist, auf der jedoch die eben noch alltäglichen Ereignisse durch ihr Bezogensein auf die Gesellschaft eine neue, nicht alltägliche Relevanz bekommen. Hasek ist in all seinen Geschichten, besonders aber in seinem Hauptwerk, den „Abenteuern des braven Soldaten Schwejk", Provokateur, und weil Satiriker, gesellschaftlich engagierter Satiriker, Provokateur von seltener Hinterlist. Satire tötet immer. Satire tötet mit einem Lächeln. Sie heuchelt die Anerkennung des Bestehenden, verpflanzt dies in eine groteske Umgebung, in groteske Handlungskonstellationen, um es dann mit einem letzten Stich zu erledigen.

Haseks Gestalten, wohl versehen mit einem handfesten Quäntchen Mutterwitz und Bauernschläue, nutzen mit einer geradezu treuherzigen Infamie alle dialektischen Hintertürchen, Geheimgänge und Hohlwege aus, um der zerfallenden bürgerlichen Gesellschaft ein Schnippchen zu schlagen. Indem sie der Autor die unbedingte Anerkennung der Autorität vollziehen läßt, entlarvt er die Perfidie der Anordnungen. Dieser „mephistophelische Trick, zu zeigen, daß alles, was besteht, wert ist, zugrunde zu gehen", wie Alfred Polgar schreibt, diese mephistophelische Provokation, die aus der Dialektik der Satire ihre Deutlichkeit bezieht — indem man vollendeter Bürger ist, zerstört man die bürgerliche Gesellschaft, trägt als scheinbar überzeugter Monarchist durch sein monarchisches Verhalten zum Untergang der Monarchie bei — weitet sich durch das gesellschaftliche Engagement zu einem Imperativ über die Zeit. Hasek geht es in allem, was er schrieb, um die Zukunft, die er nach seinen Vorstellungen gestalten möchte. Im Gegensatz zu vie-

len der zeitgenössischen Satiriker erschöpft er sich nicht im Spiegeln des Realen, schafft keine tabula rasa um der tabula rasa willen, sondern um darauf Möglichkeiten zur Etablierung einer neuen Gesellschaft zu suchen.

IV

Hasek trennt sich bald von den Anarchisten. Der Prototyp eines unrasten Individualisten vermag sich mit der Disziplin und der Ordnung, und sei es auch nur eine anarchistische, nicht abzufinden. Seine Frau bewegt ihn dazu, die Redaktion der Zeitschrift „Welt der Tiere" zu übernehmen. Auch dort läßt er seiner Phantasie ungeniert die Zügel schießen. Er erfindet neue Tierarten, die durch seine Imagination ein kurzes, papiernes Dasein fristen. Die Fanatiker des Brehm dringen auf seine Entlassung. Er schreibt weiterhin Geschichten und betreibt nebenher eine Hundehandlung, der er den hochtrabenden Titel „Kynologische Anstalt" verleiht.

Der erste Weltkrieg bringt ihm die Uniform. Er wird dem Infanterieregiment 91 in Budweis zugeteilt. Dort beginnt die Odyssee des „Braven Soldaten Schwejk". An der Front läuft er bei der ersten Gelegenheit zu den Russen über, schließt sich der tschechischen Legion an, die innerhalb der Zarenarmee um die Befreiung ihres Vaterlandes kämpft. Er verläßt die Legion, als diese nach Frankreich verlegt wird, vagabundiert in Rußland herum und stößt nach dem Ausbruch der Oktoberrevolution zur Roten Armee. Er leitet dort, begeistert für die Revolution, längere Zeit eine revolutionäre Zeitschrift, wird dann aber aus nicht erfindlichen Gründen entlassen und kehrt 1920 in seine Heimatstadt Prag zurück. Er beginnt die „Abenteuer des braven Soldaten Schwejk", deren erste Kapitel in Heftform er selbst in den Kneipen und Kaschemmen Prags vertreibt. Nachdem sich seine finanzielle Lage gebessert hat, zieht er sich in das Städtchen Lipnice zurück und schreibt an der endgültigen Fassung des Schwejk.
Dort stirbt er 1923.

V

Die Divergenz zwischen dem Postulat Haseckscher Satiren und seiner Lebensführung nimmt der Utopie seiner Gedanken nicht die Schärfe. Die Unfähigkeit, sich dem Bewußtsein eines Kollektivs zu fügen, kann nicht die Unfähigkeit, die gesellschaftliche Neuorientierung in couragierter Provokation zu fordern, bedeuten. Eine bürgerliche Literaturkritik widerspricht sich selbst, wenn sie die „Abenteuer des braven Soldaten Schwejk" im Bereich der großen Satiren der Weltliteratur ansiedelt, sie neben Cervantes' „Don Quixote" oder Grimmelshausens „Simplicissimus" stellt, Hasek aber auf Grund seiner Lebensführung das gesellschaftliche Engagement aberkennt. Daß Hasek ein Trinker, Vagabund mit asozialen Neigungen war, nimmt seinen Typen nicht die Provokation. Daß eine Leserschaft, die in ihrem Geschmack um fünfzig Jahre der literarischen Entwicklung hinterher läuft, ihn als Witze reißenden Komiker goutiert, nimmt seinen lächelnd vorgetragenen Unverschämtheiten nicht die Bitternis der Wahrheit. Daß Hasek selbst seine Satiren nicht einzuholen vermochte, der Mensch Hasek zu lachen beginnt, wenn der Satiriker Hasek das große Gelächter schon beendet hat, daß für ihn, von dem Polgar schreibt, „daß seine Figuren entstanden seien, wie ein Volkslied entsteht, das keinen Vater hat, vielmehr zahllose Väter, geboren aus den Charaktereigenheiten, dem Mutterwitz und der Phantasie des Volkes", seine Ideen nicht verwirklicht werden konnten, entspricht dem ungelösten Widerspruch der Realität.

Lyrische Pfennigweisheiten

Arno Reinfrank: Vor der Universität (Gedichte); Steinklopferverlag, Fürstenfeldbruck 1959. – Vom gleichen Verfasser: Die Pulverfabrik, Geschichten aus Ithopien; ebd. 1960. – Preis kart. jeweils 2,70 DM, geb. 3,50 DM.

Arno R e i n f r a n k gehört zu jenen Poeten, denen an unserer Wirklichkeit mancherlei nicht gefällt. Er reagiert auf diese schlechte Realität mit anklägerischen und utopistisch-konstruktiven Versen und Fabeln. In beiden Gattungen hat er von Brecht gelernt: dessen Lakonismus, Aggressivität und harte Diktion, Prosa und Vers ohne Schlips und Kragen, sind ihm Vorbild. Auch bei Reinfrank stehen bänkelsängerische Töne neben chinesischer Verknappung und parabelhafter Hintergründigkeit — jedenfalls hat der Autor solche Ideale im Auge. An einigen Stellen, unter der Narrenmaske, kommt er seinem Vorbild nahe:

„Ich begehre eine Kappe voll Schellen,
laut zum Kleppern, daß in den Gassen
sie gehört wird: Seid wachsam
um Eueres warmen Fleisches willen."

Reinfrank glossiert die deutsche Vergeßlichkeit und Unbelehrbarkeit in politicis. „Erinnere dich, Deutschland;", heißt es, und Reinfrank gedenkt der Zeit

„Als niemand es einfiel,
es könnten die alten
durchlöcherten Lügen vertierter Gehirne
die schüchterne Freiheit
der Deutschen ermorden . . ."

Oder — wer würde sich nicht mit folgendem Satz einverstanden erklären? „Wir müssen sorgen, daß uns Frieden bleibt." Das sind, wie ihr Autor selbst bemerkt, „Pfennigsweisheiten", die allzu gern vergessen werden. Aber solche Pfennigsweisheiten haben die fatale Eigenschaft, daß jeder etwas anderes sich unter ihnen vorstellen kann. „Die Wahrheit ist immer konkret", sagt Brecht. Aber — ist d a s eine konkrete Wahrheit:

„Die nach Thüringen ohne Paß wollen, müssen vor allen Dingen die Regierung zum Verhandeln mit Ostdeutschland bringen."

Statt Analyse gibt Reinfrank Rezepte. Man muß in puncto Wahrheit eben mehr als nur „Pfennige" investieren. Die Gefahr politischen Dichtens, das Plakative, die Ausgabe von Parolen, hat Reinfrank aus seinen Dichtungen nicht verbannt. Wie groß ist denn die Spanne zwischen der Aufforderung „Erinnere dich, Deutschland" und jenem uns noch im Ohr gellenden „Deutschland, erwache!" Auch das Positive, Gutgemeinte, kann sich autoritär geben. Falsche politische Akzente bedingen falsche Zungenschläge der Sprache. Ein solcher Hinweis möge nicht als Beckmesserei ausgelegt werden; er beleuchtet die Kalamität, darin sich das engagierte Gedicht heut befindet: Anweisungen, Parolen, seien sie ehrlich und nützlich, haben Sinn und Gewicht verloren.

Der politische Dichter ist Don Quijote, eine traurige, rührende Gestalt. Das Unmögliche versuchend steht er in Gefahr doppelt zu scheitern: vor dem Leviathan politische Realität und vor dem Anspruch der Musen. Jeder, der sich an dies Unternehmen macht, ist unserer Sympathie gewiß.

Brecht hat uns Möglichkeiten gezeigt. Aber — wie sagte doch Brecht von der Wahrheit?

Harald Hartung

Brecht westlich

„Soll man Brecht im Westen spielen?" fragt Friedrich Torberg im „Monat" vom Dezember 1961. Natürlich nicht, denn: „Brecht ist Kommunist" und „der Kommunismus ist der Todfeind der Demokratie". Ulbrichts Interessen und Brechts politisches und künstlerisches Anliegen sind für Torberg ein gemeinsames, den Westen bedrohendes Bubenstück; jeder, der „Brecht hier den Weg ebnet, macht sich zum Handlanger des westlichen Unterganges". Torberg, der sich anscheinend von mit Ulbricht sympathisierenden Revolutionären umgeben fühlt, weiß, wie der eigenen Untergangsstimmung zu begegnen ist: durch verschärften kulturellen Kalten Krieg. Da die „demokratische Verpflichtung zur Meinungsfreiheit zu den schlechthin selbstmörderischen Defekten der demokratischen Grundkonzeption" gehört, gibt es nichts zu diskutieren und Torbergs These: „Kunst hat mit Politik zu tun" wird zum äußerlichen Dafür- oder Dagegen-Denken, das von allen inhaltlichen, am Werk orientierten Bestimmungen absieht, denn der „dialektische Prozeß der Propagandawirkung" Brechts ist „unabhängig von dem, w a s er sagt und beruht einfach darauf, daß e r es ist, der es sagt". Torberg verteidigt seine Kulturpolitik der Stärke auf gleiche Weise, wie es von doktrinärer Seite im Osten geschieht; es zeigt sich dasselbe Schwarz-Weiß-Denken, derselbe Formalismus. Ist dort kapitalistische Literatur dekadent, so hier kommunistische unberechenbar gefährlich, weil dialektisch.

Dieses vereinfachende Herstellen von Begriffspaaren, die ein sachliches Urteil ersetzen, geht Hand in Hand mit der Forderung, Geist im Dienste der Politik zu produzieren. Für die einen ist die Dialektik zum Schlagwort geworden, den anderen erscheint sie als politischer Taschenspielertrick, dessen sich nach Torberg auch Brecht bedient, denn „selbst wenn er sich . . . eine selbstherrliche Eskapade ins Volksstück, in die Legende, ins aristotelische Theater geleistet hätte: die Dialektik, in die sein Gesamtwerk unweigerlich eingebettet bleibt, würde dann erst recht dafür sorgen, daß die vom Volksstück ausgehende emotionale Wirkung einem kommunistischen Zweck zugute kommt, der die Mittel auch notfalls dadurch heiligt, daß er sie nicht verfremdet". Brecht wird zum schwarzen Mann im Irrgarten der Dialektik, in der selbst Torberg den Faden zu verlieren fürchtet. So klammert er sich an scheinstarke Sätze, wie: „Brecht bleibt Brecht. Man kann aus ihm nichts machen, was er nicht ist. Und Brecht ist Kommunist!", um Brecht dingfest zu machen und aus dem Westen zu verbannen.

Joachim Kaiser findet in seiner ebenfalls im „Monat" (März 1962) erschienenen Replik auf Torbergs Thesen treffende Widerlegungen, aber er „erwartet, daß die Stärke unserer Lebensform die westliche Brecht-Darbietung in einen Sieg des Westens umfunktioniert. Brecht-Dramen brauchen der Diktatur nicht zu gehören. Sie stellen humanistisch-marxistische Fragen!" Welch ein Westen ist wohl gemeint, der auf jene Fragen antworten soll? Man hat angesichts der allgemeinen Erklärung den Verdacht, sie bezöge sich auf die von Kaiser als Reservat verstandene „Kultursphäre, die", wie er sagt, „dem Kalten Krieg offensichtlich noch übergeordnet (nicht entzogen!) ist." Zu fragen ist aber, ob sich Brecht als Menschenfreund und Marx als Humanist in dieser höheren Sphäre häuslich einrichten lassen; denn gerade darin, daß sie Humanismus als praktischen Humanismus verstanden, unterscheiden sie sich von jener Nur-Kultur, die allzu schnell bereit ist, konkrete Fragen ins Allgemein-Menschliche zu transponieren. Diese Vereinfachungen, die dem vorsichtigen Joachim Kaiser freilich nicht so ohne weiteres vorzuwerfen sind, findet man in den sonstigen Bemühungen, Brecht für den Westen zu retten, allerdings in ungeschicktester Weise zur Genüge. Erstarrt der Österreicher Friedrich Torberg in prinzipiell antikommunistischer Haltung, so wird hier in der Bundesrepublik der Kommunist Brecht verharmlost, indem man das Werk ins Menschliche wendet und es so dem eigenen politischen Anspruch entzieht. Aber den Marxismus als interessante Weltanschauung des Privatmannes Brecht in die Geschichte verweisen und das „reine Kunstwerk" abdestillieren, hieße Brecht verfälschen, dessen ästhetische von seinen philosophischen und politischen Vorstellungen zuinnerst durchdrungen sind. Sich mit dem Künstler Brecht auseinanderzusetzen, bedeutet immer, zugleich den Kommunisten Brecht als Gesprächspartner zu akzeptieren.

Dietlind Herzberger

„Klasse der Nation"

Nun gut, Indezenz soll einem noch recht sein, auch rauhbeinige Gernegröße, schließlich ist man zu Gast bei der Bundeswehr. Auch ist Öffentlichkeitsarbeit ein hartes Geschäft, in der Schule der Bundeswehr für „Innere Führung" b r a u c h t man das robuste Selbstbewußtsein, das man dort hat. Da werden neben Stabsapothekern und Marineoffizieren auch Pastorengruppen, Gewerkschaftsjugendliche usw. mit dem bundesdeutschen Militärwesen bekanntgemacht. Und diesmal eben Studenten. Denn auch von so marginalen Gesellschaftsgruppen wie Akademikern „erwartet die Bundeswehr, endlich als staatserhaltende Institution anerkannt zu werden."

Ein appetitlich photographierter schwerer Düsenjäger hängt an der Wand, kleines rotes Spruchband darüber: „Stark für die Freiheit!" Der Student aus Angola, der nicht sehr gut Deutsch spricht, entschließt sich zu einer Bemerkung: ihm seien Gegenden bekannt, wo sich NATO-Staaten nicht so selbstlos für die Freiheit einsetzten. Ob das den Bundeswehrsoldaten nicht nachdenklich machen könnte?

Aber, aber, junger Freund aus den Entwicklungsländern, Sie nehmen zu ernst, was Sie auf Schritt und Tritt über das demokratische Gewissen, über das staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein des Bundessoldaten zu lesen bekommen. Denn: „Diese Frage stellt für unsere Männer, das darf hier gesagt werden, kein Problem dar!" Auch nicht: welche Alternative zur NATO-Politik den Frieden wirksamer sichern könnte (denn man sägt nicht an der Grundlage des eigenen Jobs; auch kann man sich mit der modischen Rede vom „Primat der Politik" vor solchen Fragen schützen). Der angestrengte Hinweis auf das autonome politische Bewußtsein des „Staatsbürgers in Uniform" erweist sich als Petersilie auf der alten Suppe deutschen Soldatentums.

Überhaupt: „Unsere Männer." Schule der Nation, nein, so weit will man nicht gehen, aber: „die deutsche Bundeswehr nimmt das Recht in Anspruch, eine wichtige Klasse in dieser Schule zu sein". Im Lehrplan dieser Klasse steht noch immer die Illusion, soldatische Qualitäten („heldische Seelenhaltung") ließen sich via politische „Einsicht in die Lage" induzieren. Aber da muß wohl etwas nachgeholfen werden. Denn was man haben will, hat man viel schneller mit dem bequemen Appell an naturhafte Urinstinkte, zum Beispiel mit dem listigen Liedchen: „Stell dir mal vor, deine Schwester würde von einem Russen . . ." Oder im Gewande gelehrsamer „politischer Bildung": „Der einzige Unterschied, den der Kommunismus zwischen Mensch und Tier sieht, ist, daß der Mensch arbeiten kann." — Jeden Tag ein paar Emotionalien nach dem Essen, was meint ihr, wie „unseren Männern" das bekommt.

„Theologie, Psychologie, Philosophie und Soziologie sind die Hilfswissenschaften der Inneren Führung." Wo man so hübsch verpackt einen völlig apolitischen Antikommunismus verabreicht, gedeihen auch die „natürlichen Feinde des deutschen Volkes". Denn auch „jeder Jude zersetzt den Bestand eines völkischen Zusammenschlusses" und: „die Juden vom ‚Spiegel' zersetzen unsere Moral" und: „wir mußten erst mal diesen Krieg anständig zu Ende führen, da konnten wir uns um die paar Konzentrationslager nicht kümmern". Daß der Mann so etwas denkt, soll die Innere Führung nicht treffen. Nur: warum hat man einem Offizier, Teilnehmer eines Lehrganges, bei der „politischen Bildung" nicht beigebracht, daß er dies nicht verständnisheischend bei unverbindlichem Kantinengeplauder zum besten geben sollte?

Da werden Antithesen gedroschen wie: „Anständige Gesinnung — kommunistische Wühlmäuse, heldische Seelenhaltung — bösem Willen ist streng zu begegnen!"
Innere Führung — wohin wohl?

Jeder deutsche Jungmann wird diese „Klasse" der Nation mit der Zeit durchrobben. Dann wird die deutsche Sektion der NATO-Truppen auch objektiv werden, was sie nach dem Willen ihrer „Inneren Führer" heute schon ist:
„staats-er-hal-tend"

Schaut doch schon heute das Erhaltende dem Erhaltenen immer deutlicher aus dem Gesicht.

Claus Offe

Zeitschriftenhinweise

Da wir vermuten müssen, daß es nur wenigen unserer Leser möglich ist, regelmäßig wichtige deutsche und internationale Zeitschriften zu lesen, werden wir künftig an dieser Stelle auf uns besonders wesentlich erscheinende Aufsätze in diesen Zeitschriften hinweisen.

In den „werkheften" (zeitschrift für probleme der gesellschaft und des katholizismus; 2/1962) setzt sich Jürgen S e i f e r t mit der „SPD-Politik der gemeinsamen Bestandsaufnahme" auseinander. „The Decline of German Socialism" ist das Thema eines längeren Aufsatzes von Georg L u x (Pseudonym) in der englischen Zeitschrift „International Socialism" (8/Spring 1962). Im gleichen Heft findet sich ein Diskussionsbeitrag von Peter van O e r t z e n zu einer Aufsatzreihe über „Reform and Revolution". Der Südwestfunk brachte im Februar 1962 eine Sendung von Prof. Hans-Paul B a h r d t unter dem Motto „Junge Rebellen in alten Parteien". Das Manuskript stellt der Südwestfunk vermutlich gerne zur Verfügung.

Die drohenden Notstands- und Notdienstgesetze sind das zentrale Thema in Aufsätzen von Fritz O p e l in der Zeitschrift „Metall" (2/1962; — nachgedruckt in "Gewerkschaftliche Mo-

natshefte", 2/1962), von Kurt Brumlop in „Gewerkschaftliche Monatshefte" (2/1962), von Prof. Wolfgang Abendroth in „Frankfurter Hefte" (3 und 4/1962) und „werkhefte" (3/1962).

Die Rede von Prof. Max Horkheimer anläßlich der Feier zum 40jährigen Bestehen der Frankfurter „Akademie der Arbeit" (Thema: „Über den Bildungsauftrag der Gewerkschaften") liegt als Sonderdruck den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" (3/1962) bei. Ein erfreulich differenzierender Aufsatz von Walter Gyssling über die „Gewerkschaftsarbeit in Ungarn" findet sich ebenfalls in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" (4/1962). Zwei weitere besonders bemerkenswerte Beiträge im gleichen Heft: Sebastian Franck berichtet von einer neueren französischen soziologischen Untersuchung über den „Arbeiter von heute" und Boris Lewytzkyj über die innerhalb der Sowjetunion als ein brennendes soziales Problem erkannte „Freizeitgestaltung".

Eine Würdigung des marxistischen Wissenschaftlers Karl Korsch findet sich — verfaßt von Erich Gerlach — in „Sozialistische Politik" (2/1962). In der Wochenzeitung „Zeit" vom 16. März 1962 wendet sich Ansgar Skriver gegen die in jüngster Zeit im Bulletin der Bundesregierung erneut verbreitete Behauptung, die Ermordung von Rosa Luxemburg sei eine legale patriotische Tat gewesen. Mit der Rolle von Rosa Luxemburg innerhalb der Kommunistischen Partei der Weimarer Republik beschäftigt sich Hermann Weber im „SBZ-Archiv" (1/1962). In „Die Neue Gesellschaft" (2/1962) wendet sich Michael Mauke gegen die verharmlosende Verfälschung der einst den Faschismus vorbereitenden Schriften von Oswald Spengler; insbesondere setzt er sich mit der jüngst im „Deutschen Taschenbuch-Verlag" wieder erschienenen Schrift „Jahre der Entscheidung" (1933) auseinander.

„Das Zeitgedicht in dieser Zeit" ist das Thema eines Aufsatzes von Harald Hartung in „Frankfurter Hefte" (1/1962). Im Märzheft (3/1962) der gleichen Zeitschrift finden sich sehr lesenswerte „Sozialpsychologische Notizen zum deutschen Schlager" von Wilfried Berghahn. „Marienbad — ein marxistischer Film" lautet eine Besprechung von Peter Märthesheimer ebenfalls in „Frankfurter Hefte" (4/1962). ml.

Mitteilungen der Redaktion:

Den Beitrag von Michael Kidron haben wir mit freundlicher Genehmigung der englischen Zeitschrift „International Socialism", Heft 7/Winter 1961, entnommen. Die Übersetzung besorgten Wolfgang Nitsch und Jürgen Horlemann.

Der Verfasser des Aufsatzes über die politische Situation in Italien, Lelio Basso, ist Mitglied des Direktoriums der Partito Socialisti Italiano (PSI), Herausgeber der Zeitschrift „Problemi del Socialismo" und Repräsentant einer in ihrer theoretischen Bedeutung für die PSI einflußreichen Richtung. Er gehört der italienischen Kammer an und ist Professor an der Universität Mailand. — Der Artikel wurde von Hannes Friedrich und Jürgen Schaltenbrand übersetzt.

Konrad Blumenstock („Sozialistisches im Werk Kafkas") promovierte in Heidelberg mit einer altphilologischen Arbeit und ist heute in Frankfurt am Main wissenschaftlich tätig.

Wolfgang Vogel („Von der Utopie des Lächelns") ist Redakteur der Frankfurter Studentenzeitung „Diskus" und Mitarbeiter mehrerer Periodica. Er schrieb seinen Beitrag für die nk in enger Anlehnung an sein Nachwort zu einer Anthologie der schönsten Kurzgeschichten Jaroslav Haseks, die unter dem Titel „Handbuch für Lebenskünstler" jetzt im Verlag Bärmeier und Nikel, Frankfurt a. M., erschienen sind.

Socialisme ou barbarie

No 33, Décembre 1961 — Février 1962

Sommaire

Jean DELVAUX: Crise du gaullisme et crise de la «gauche»
Jean François LYOTARD: L'Algérie, sept ans après
D. MOTHE: Les jeunes générations ouvrières
P. CANJUERS: La société sud-africaine
P. CARDAN: Le mouvement révolutionaire sous le capitalisme moderne
LE MONDE EN QUESTION — Les actualités
Conférence Internationale d'organisations révolutionaires.

Abonnements un an (4 numéros) étranger: 15 NF
42, Rue René Boulanger, Paris Xe
Règlements au C.C.P. 11 987—19

International Socialism

No. 8, Spring 1962

The Campaign for Nuclear Disarmament
The British Labour Movement and the Common Market
Planning in Capitalism

J. Kincaid: Racialism and the Workers
Gerhard Lux: The Decline of German Socialism
Discussion: Left Reformism — K. Coates, P. v. Oertzen

Reviews, poems, etc.

2 s 6 d./50 c/1,50 N.F. per copy.
Annual subscriptions: 10 s/$ 2/6 NF.
Back copies available. From: 47, Fitzroy Rd., London, NW 1, Britain

New Politics

Second issue now on sale:

Currents in Japanese Socialist Thought: Lewis Feuer, Kenichi Koyama, Ikutaro Shimizu, Hiroo Wada, Yoshihiko Saki.

Marx's Conception of Democracy: Maximilien Rubel
Despotism an Totalitarianism: Paul Barton
Ideology and American Social Structure: Douglas Dowd
Toward Party Realignment: Gus Tyler
The African Revolution and its Image in America: St. Clair Drake
Symposium on Latin America: Victor Alba, Saul Mendelson
Anton Pannekoek (1873—1960): Paul Mattik
Mass Film Criticism: Parker Tyler

Organised Labour and the Negro Wage-Earner: Herbert Hill
The 22nd Congress of the Russian Communist Party: Tony Cliff

Winter, 1962. Obtainable, price 90 cents ($ 3.50 per annum) from New Politics, 507, Fifth Avenue: New York 17, US.

Monthly Review

an Independant Socialist Magazine

Editors: Leo Hubermann and Paul M. Sweezy

Vol. XIII, 11 — March 1962

ALGERIA. VIETNAM and PUNTA DEL ESTE
THE COMING LATIN AMERICAN REVOLUTION
A LETTER FROM CUBA

Published monthly except July and August when bimonthly.
Subscription Price: by airmail Europe $ 18 one year
by 1. class mail $ 8
333, Sixth Avenue, New York 14, N. Y.